

Erhebt wöchentlich
einmal: Freitag.
Anzeigen: Die 6 gelbsteine
Borgiszelle 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei
Wiederholung entsprechend
billiger.
Sitz der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Eiche

Abonnement
vierteljährlich 1. — Mark
bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreislifte.
Redaktion und Expedition:
Berlin NO. 55,
Greifswalderstr. 221/23.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)
Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/23. — Fernruf: Amt Königsstadt 4720.
Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Bollmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23. — Geldsendungen an B. Zieffe, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Nummer 49/50.

Am a. Donau, den 17. Dezember 1915.

26. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis: Berichtigung. — Amtliche Bekanntmachung: An die Ortsvereinskassierer. — Friede auf Erden? — Sind die hohen Lebensmittelpreise berechtigt? — Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Oktober. — Die Eisenbahntruppen im Kriege. — Die Wiederbeschäftigung kriegsbeschädigter Holzarbeiter. — Eine Quelle unserer Kraft. Nun erst recht Sozialpolitik! — Mehr Dampf dahinter. — Schonung der Arbeitskraft. — Preisausschreiben für einen Armerfaj. — Was bedeuten die Zeichen auf den Musterungsscheinen? — Ehrentafel. — Wie man in England „Freiwillige“ zu teilen versucht. — Anzeigen.

mitten geschlagen hat, sind zu schwer, um so schnell vernarrt zu sein, immer neue Opfer werden verlangt. Selbst die Familien, welche bisher direkt vom Unglück verschont geblieben sind, leben in banger Sorge, jeden Tag vom Schicksal getroffen zu werden. In diesem Weltenbrande feiern wir nun zum zweiten Male das Fest des Friedens und der Freude. Angesichts der Tausenden und Abertausenden von vernichteten blühenden Menschenleben klingt es beinahe wie Hohn auf die Menschheit, wenn man von Frieden und Freude spricht. Als man im vergangenen Jahre das Weihnachtsfest feierte, da schien es Tausenden von Familien schier unfassbar, daß das Familienoberhaupt oder die Söhne an dem Feste nicht teilnehmen konnten. Heiße Gebete um baldigen Frieden stiegen gen Himmel. Man tröstete sich teilweise mit dem Gedanken, daß mit dem Eintreten des Frühlinges wir auch dem Frieden näher gekommen sein werden. Aber was sind alle Hoffnungen gegen die

bert, so könnte man diese bescheidenen Forderungen ohne Gefahr bewilligen. Der von Regierungsseite möglichst schwarz gemalten Rechnung könnte man eine Gegenrechnung aufstellen, das deutsche Volk wird eine Ablehnung einfach nicht verstehen, und hat vor allen Dingen Anspruch auf Vollwertigkeit. Noch heißer als im vergangenen Jahre werden an diesem Feste die Wünsche nach Frieden gen Himmel steigen, doch niemals werden und dürfen die Wünsche sich zu einem Frieden um jeden Preis versteigen. Wenn von einzelnen Heißspornen derartige Gedanken geäußert werden, so sind das nur Meinungen einer kleinen Minderheit, die ohne jeglichen Einfluß ist. Die übergroße Mehrheit steht auf dem Standpunkt, daß nur ein Friede auf derartiger Grundlage geschlossen werden darf, der für spätere Zeiten ein derartiges Blutvergießen verhindert. Zweifellos wird die Entschliebung, welche auf der Tagung des Zentralkomitees der Fortschrittlichen Volkspartei in Berlin dieserhalb angenommen wurde, in den weitesten Kreisen des Volkes, ganz besonders in unsern Gewerksvereinstreifen, ungeteilten Beifall finden, bringt dieselbe doch unsere Gedanken voll auf zum Ausdruck. In der betreffenden Entschliebung heißt es:

Berichtigung.

Den aufmerksamen Lesern unserer „Eiche“ wird der sinnentstellende Widerspruch, welcher in der letzten Nummer der „Eiche“ auf der dritten Seite enthalten ist, aufgefallen sein. Der Artikel: „Ein Gewerkschaftsjubiläum“ hat hinter dem Schluß der 13. Zeile von oben einen Anhang erfahren, der durch ein geradezu unentschuldigbares Versehen des Setzers dorthin gekommen ist, während er in Wirklichkeit auf der vierten Seite am Schluß des Artikels „Unlösbares Widersprüche“ hingehört. Die Leser werden das wohl zum größten Teil selbst herausgefunden haben.

Die Redaktion.

Amtliche Bekanntmachung. An die Ortsvereinskassierer.

Die Notwendigkeit, die Jahresabschlüsse unserer Zuschuß- und Sterbefasse der Aufsichtsbehörde rechtzeitig einreichen zu müssen, gibt Veranlassung, an alle Kassierer und Vorstehenden der Ortsvereine das bringende Ersuchen zu richten, dafür zu sorgen, daß die Abschlüsse nebst Anlagen für den Monat Dezember 1915 bis spätestens den 4. Januar 1916 eingeliefert werden. Es sei noch ganz besonders darauf hingewiesen, daß die Mitglieder deshalb für eine pünktliche Beitragszahlung Sorge tragen müssen. Sollten außerdem dann noch einige Beitragsreste vorhanden sein, so darf dieses die Absendung der Abschlüsse nicht verzögern. (Siehe Leitfaden für die Verwaltung Seite 39, Abs. 2.)

Sodann sei darauf aufmerksam gemacht, daß es unbedingt vermieden werden muß, zum Jahresabschluß in den Ortsvereinskassen oder in der Kranken- und Sterbefasse mit Darlehen, sogenannter Mehrausgabe abzuschießen. Sollten die Ortskassierer mit ihren Beständen in einer der Kassen voraussichtlich nicht ausreichen, so haben dieselben für die betreffende Kasse rechtzeitig Remittierungsanträge nach hier einzureichen.

Sodann erlaube ich die Ortskassierer, bei der mit Jahresanfang notwendigen Eintragung der Mitgliedernummern, Namen und Beitragslagen in das Beitragsverzeichnisbuch darauf zu achten, daß die Nummern in der Reihenfolge von den niederen zu den höheren steigend, zur Eintragung kommen, z. B. 463, 1270, 1271, 8650, 12207 usw. Für die unserer Sterbefasse angehörenden Mitglieder sind die in der Eintragung des Mitgliedes nächstfolgenden Rubriken zu benutzen.

Im weiteren sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß in Vereinen, wo eine Neuwahl der Kassierer stattgefunden hat, die bisherigen Kassierer die Kassengeschäfte noch so lange zu verwalten haben, bis der Abschluß für den Monat Dezember abgehandelt ist und die ordnungsmäßige Kassenübergabe stattgefunden hat. (Siehe Leitfaden für die Verwaltung Seite 39, Absatz 9.)
B. Zieffe, Hauptkassierer.

Fröhliche Weihnachten

in der Hoffnung auf baldigen Frieden!

sendet allen unsern Mitgliedern und Freunden

Der Hauptvorstand.

raue Wirklichkeit. Jetzt ist wieder Weihnachten, und das Ende dieses entsetzlichen Weltkrieges ist noch nicht abzusehen. Mehr denn je, werden wir an diesem Feste zum Nachdenken veranlaßt. Das Jahr 1915 wird mit besonders schwarzen Letztern in der Weltgeschichte vermerkt werden. Tausende von blühenden Menschenleben sind dahingerafft worden, unzählige Werte sind vernichtet worden, und die Kulturstufe der Menschheit ist durch den Krieg wahrlich nicht in die Höhe gekommen, die Folgen werden sich erst nach dem Kriege in seinem ganzen Umfange bemerkbar machen. Schier verzweifeln könnte man an der Menschheit, wenn man bloß an die vielen Witwen und Waisen denkt, die jetzt ihres Ernährers beraubt, ein freudloses Dasein führen. Wahrlich, die Schuld der Anführer dieses Weltbrandes wächst immer höher. Zwar soll der Mensch sich freihalten von jedem Rachege danken, aber verstehen kann man es durchaus, wenn sich in dieser oder jener Brust ein bitteres Gefühl des Hasses einschleicht. Neben diesem Verlust der Angehörigen kommt der bittere Kampf ums Dasein, der geradezu erschreckende Formen annimmt. Mit Recht können wir wohl sagen, das deutsche Volk, vor allem die deutsche Arbeiterschaft, führt einen stillen, aber entschlossenen Kampf, der geradezu bewundernswert ist. Das feste Bewußtsein, daß Deutschland den Krieg nicht gewollt, sondern nur einen Verteidigungskampf führt, läßt sie alles ertragen, läßt sie alle Not und Entbehrungen willig auf sich nehmen. Dieses stille Dulden, welches gerade am Weihnachtsabend einem jeden der Schwerverletzten ins Gedächtnis ruft, was er durch den Krieg verloren und entbehren muß, zeigt die wahre Größe des Leidens. Diese edlen Gefühle sollte man allseitig anerkennen und strenge darauf achten, daß dieselben keine Verlesung erfahren. Solche Reden, wie sie im Reichstag von Leuten von „Bund der Landwirte“ geführt werden, sind leider dazu angetan, die edelsten Gefühle der Menschheit zu verletzen. Man soll sich hüten, mit dem Feuer zu spielen. Die deutsche Arbeiterschaft hat in der langen Dauer des Krieges gezeigt, daß sie bereit ist, ihr Vaterland bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, sie verlangt aber auch andererseits, daß man ihre dringenden Wünsche und Bedürfnisse befriedigt. Wenn man jetzt gewisse wissnerhaften als Weihnachtswunsch auf den Tisch des Reichstags die Forderung auf Herabsetzung der Altersgrenze zum Bezug von Altersrente und mehr Versammlungsfreiheit for-

Es sei unverkennbar, daß, wie durch die ganze Welt, auch durch das Deutsche Reich eine Friedenssehnsucht gehe. Aber das deutsche Volk einschließlich der Millionen, die an der Front stehen, sehne sich nicht nach irgend einem Frieden, sondern nach dem Frieden, den wir brauchen. Und alle seien fest entschlossen, durchzuhalten, bis dieser Friede erreicht sei. Unsere politische, militärische und wirtschaftliche Lage gestatte uns, mit Zuversicht auszuharren. Was sei aus den Auswanderungsplänen unserer Gegner geworden? Ein wirklicher Mangel könnte sich im Deutschen Reich nur dann zeigen, wenn die Organe des Staates und der Gemeinden versagten. Wohl leide alles unter der zunehmenden Teuerung, es sei aber in allen Ländern, auch bei den Neutralen so. Gewiß hätte man in der Lebensmittelversorgung manches noch besser machen können, man müsse sich aber doch fragen, ob wir nicht manchmal zu wehleidig seien und unsere Lage zu wenig verglichen mit der anderer und mit der, in die wir hätten unter Umständen selbst geraten können, und ob nicht hier und da auch begründete Mißstimmung agitatorisch ausgenutzt würde. Jedenfalls werden unsere Lebensmittel reichen, zumal da uns jetzt der Zugang zum Orient offen stehe. Mit unseren Finanzen können wir zufrieden sein, hat sich doch gezeigt, daß die Engländer ärmer sind, als die Welt geglaubt hat, wir reicher, als wir selbst wußten. Die Abtragung der ungeheuren Lasten in der Zukunft wird die anderen schwerer bedrücken als uns, wir zahlen unsere Zinsen und Amortisationen in die eigene Tasche, die anderen in die amerikanische. Was die politische Lage betreffe, so hätte vor Jahresfrist wohl niemand geglaubt, daß die Engländer unsere deutsche Diplomatie der ihren als unerreichtes Muster vorhalten würden!

Militärisch stellen uns unsere Gegner immer die große Offensive der näheren oder ferneren Zukunft vor Augen. Sie wird wohl recht groß werden müssen, bis alle von uns besetzten Gebiete von ihnen zurückerobert sind, und dann sind wir erst soweit wie Anfang August 1914. Das eigentliche Siegen müßte dann erst beginnen! Die Feinde hoffen auf ihr Menschennaterial; unerschöpflich ist das nirgends, aber soviel auch sie auch Menschen aufbringen mögen, es wird ihnen nicht gelingen, in dem Maße wie bei uns diese Menschen in Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere zu verwandeln.

Unsere Gegner halten uns vor, es würde uns niemals gelingen, England niederzuringen. Die Gegenfrage ist berechtigt: kann England uns niederringen? Noch viel weniger! Es wird alle Hände voll zu tun haben, um finanziell sich und seine Bundesgenossen über Wasser zu halten, und die neuesten Ereignisse zeigen uns, daß die Engländer sich bewußt sind, wo sie sterblich sind.

Von neutraler Seite und verstedt auch von unseren Gegnern wird ab und zu der Gedanke angeregt, ob es nicht ein Gebot der Menschlichkeit und unsere Aufgabe sei, als derjenige, der sich bisher als der Stärkere erwiesen habe, dem als schwächer Befundenen als erster die Hand zum Frieden zu bieten. Voraussetzung müßte dann aber doch sein, daß der Schwächere sich als der Besiegte fühlt. Solange wie die Regierung, die Parlamente, die Presse der feindlichen Staaten die Wahrheit nicht sehen wollen und nicht an ihre Niederlage glauben, sondern mit naivem Behagen unser Zell unter sich verteilen, würden sie jedes Entgegenkommen nur als Symptom der Schwäche verwerten. Es wird sich einmal zeigen, daß Eroberungslust und Kriegsfreudigkeit auf deutscher Seite dem Frieden, wenn er von der anderen Seite gewünscht wird, nicht entgegenstehen. Es gibt bei uns keine Militär- und Eroberungspartei, die den Frieden um des Krieges willen, verhindern möchten. Aber unsere Gegner gestatten uns nichts anderes als zu warten, bis sie richtige Einsicht in ihre Lage gewonnen haben.

Ueber Friedensbedingungen jetzt im einzelnen zu reden, ist eine brotlose Beschäftigung; nur eines kann man allgemein

Friede auf Erden?

Wenn diese Nummer der „Eiche“ in die Hände unserer Leser kommt, dann trennen uns nur noch wenige Tage von dem sonst in gewöhnlichen Zeiten von Alt und Jung, Klein und Groß so sehnsüchtig herbeigewünschten Weihnachtsfest. Wie ganz anders steht es diesmal aus. Zwar sind auch in diesem Jahr die Schlußfeier der einzelnen Geschäfte festlich geschmückt. Selbst aber auch dieser Schmuck steht im Zeichen des Krieges, indem in der Hauptrolle Festmengen, Unterstände und dergleichen kunstvoll dargestellt sind, in denen naturgemäß unsere „Geldgrauen“ die Hauptrolle spielen. Alles dieses ist gewiß angetan, so manches Kinderauge zu erfreuen, aber die sonst so natürliche Weihnachtsfreude wird leider fehlen. Die Wunden, die dieser anfangliche Krieg in den meisten Ge-

denjenigen eine Freude zu bereiten, die jetzt so freudlos und verlassen dastehen. Darum frisch ans Werk! In keinem Ort, in keinem Verein darf in diesem Jahre die Weihnachtsfeier fehlen.

Ministerialverordnung über die Unterstützung der Kriegerfamilien.

Das soeben erschienene „Ministerialblatt für die Preussische innere Verwaltung“ enthält den Wortlaut der Verfügung des Ministers des Innern vom 14. Oktober 1915 über die Erhöhung der Unterstützung der Kriegerfamilien. Die Verfügung enthält eine Reihe verständiger Hinweise darauf, daß jede Engherzigkeit bei der Gewährung der Unterstützung zu vermeiden ist. Zu wünschen wäre die endliche Befolgung dieser Mahnungen in der Praxis. Der Wortlaut der Verfügung geht dahin:

Mit Rücksicht auf die außerordentliche Steigerung der Preise fast aller Lebensmittel werden die nach § 5 des Gesetzes vom 28. Februar 1888-4. August 1914 an die Kriegerfamilien zu zahlenden Mindestsätze der Familienunterstützungen für die Monate November bis einschließlich April auf 15 Mark für die Ehefrauen und 7,50 Mark für die sonstigen unterstützungsberechtigten Personen erhöht.

Für die spätere Erstattung dieser Beträge aus Reichsmitteln gemäß § 12 des Gesetzes wird Sorge getragen werden.

Die Erhöhung der Mindestsätze darf von den Versorgungsverbänden nicht etwa als Anlaß angesehen werden, nunmehr die von ihnen bisher gewährten Zuschüsse entsprechend herabzusetzen. Die Maßnahme bezweckt keineswegs eine Entlastung der Versorgungsverbände, sie soll vielmehr den Familien von Kriegsteilnehmern in vollem Umfange zugute kommen. Die Versorgungsverbände müssen daher die ihnen hierdurch erwachsenden Mehrausgaben bis zur Erstattung durch das Reich ganz auf sich nehmen.

Im übrigen gibt mir die Tatsache, daß bei den Zentralinstanzen täglich zahlreiche Beschwerden von unterstützungsberechtigten Ehefrauen und anderen Angehörigen von Kriegsteilnehmern einlaufen, die nicht immer für unbegründet erachtet werden können, Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß eine von jeder Engherzigkeit freie Prüfung der Bedürftigkeitsfrage ein dringendes Erfordernis ist. Nur bei wohlwollender Prüfung der gestellten Unterstützungsanträge wird erreicht werden, daß von dem vor dem Feinde stehenden Ernährer der Familie das seine Nervenkraft beeinträchtigende Gefühl ferngehalten wird, für seine Angehörigen werde nicht genügend gesorgt. In vielen Fällen wird die Bedürftigkeitsfrage unter Hinweis auf die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsgelegenheit für die Ehefrau oder sonstige Angehörige verneint. Ganz gewiß müssen diese dazu beitragen, den zum Lebensunterhalt erforderlichen Verdienst möglichst selbst zu erwerben. Es darf aber hierbei nicht außer acht gelassen werden, daß die Ausnutzung der Arbeitskraft der Ehefrauen nicht selten durch das Vorhandensein von kleinen Kindern, die der mütterlichen Aufsicht nicht entbehren können, erschwert wird. In solchen Fällen wird deshalb, wenn nicht eine anderweitige sachgemäße Beschäftigung der Kinder möglich ist, die Unterstützung nicht unter Hinweis auf die Arbeitsfähigkeit verweigert werden können. Es darf auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß bei der langen Dauer des Krieges die Bedürftigkeit nicht nur in dem Fehlen von Mitteln zur Bestreitung des Lebensunterhalts in die Erscheinung tritt, sondern sich auch in der Notwendigkeit der Beschaffung von Kleidungsstücken aller Art und — beim Nahen des Winters — von Brennmaterial äußert. Wenn derartige Bedürfnisse durch Naturallieferungen befriedigt werden, so ist dagegen nichts einzuwenden; für erforderlich halte ich es aber, daß diese Naturallieferungen angesichts des für sie notwendigen im Verhältnis großen Kostenaufwandes nicht auf die Mindestunterstützungen in Anrechnung gebracht, sondern als Zusatzunterstützungen gewährt werden. Die Versorgungsverbände genügen ihren Verpflichtungen nicht schon, wenn sie von

den Familien der Krieger die unmittelbare Not fernhalten, sondern sie sind darüber hinaus verbunden, ihnen — wenn auch naturgemäß in bescheidenen Grenzen — ein Leben zu gewährleisten, das neben der Existenz der Familie auch die Möglichkeit der Erziehung der Kinder durch die Mutter bei Abwesenheit des Vaters gestattet. Daß hierzu, wenn nicht andere Einnahmequellen hinzutreten, die Mindestsätze trotz der Erhöhung bei den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen häufig nicht hinreichen werden, liegt auf der Hand.

Die Familienunterstützungen werden in der Regel auch dann an die Angehörigen von Kriegsgefangenen oder Vermissten weiter zu zahlen sein, wenn ihnen nach § 23,2 der Kriegsbesoldungsvorschrift die ganze Besoldung des Ernährers oder ein Teil derselben bewilligt wird. Bei Beurteilung der Bedürftigkeit ist in diesen Fällen in Betracht zu ziehen, daß der Ernährer keine Ersparnisse mehr nach Hause schicken kann, im Gegenteil selbst auf Zuwendungen von Hause angewiesen ist. Eine Kürzung oder Entziehung der Familienunterstützung wird daher nur in denjenigen Ausnahmefällen berechtigt sein, in denen nach Lage der Verhältnisse und mit Rücksicht auf die Höhe der Besoldungsbeträge eine Bedürftigkeit nicht mehr anzuerkennen ist.

Ferner mache ich aus Anlaß eines Einzelfalles darauf aufmerksam, daß allein auf Grund der Zeichnung einesmäßigen Betrages auf eine Kriegausleihe die Frage der Bedürftigkeit noch nicht zu verneinen ist. Es gilt hier dasselbe, was in meinem Erlasse vom 3. Februar 1915 von der Nötigung zum Verbrauch gemachter Ersparnisse gesagt worden ist; es können also lediglich die Zinsen Berücksichtigung finden.

Ich erlaube die Versorgungsverbände, gefälligst erneut auf vorstehende Gesichtspunkte hinzuweisen und erwarte, daß sie sich eine sorgfältige und wohlwollende Prüfung der Gesuche um Familienunterstützung angelegen sein lassen, damit die Kampfesfreudigkeit unserer Soldaten unter allen Umständen erhalten bleibt.

Die Invalidenrente der Kriegsteilnehmer.

Die Krieszeiten, in denen wir nunmehr seit 15 Monaten leben, haben so viele Begleiterscheinungen gezeitigt, die namentlich in wirtschaftlicher Beziehung und im sozialen Leben in Weise hervorgerufen sind. Und diese Kriegsercheinungen haben auf diesem oder jenem Gebiete teilweise völlige Umwälzungen der bisher bestehenden und bisher hinlänglichen Einrichtungen hervorgerufen, die durch die völlig neuen Verhältnisse während des Krieges notwendig geworden sind, aber auf allen Gebieten, namentlich in sozialer Hinsicht in der erforderlichen Weise noch nicht zur Durchführung gelangen konnten. Unsere soziale Betätigung, für die ein außerordentlich reiches Feld ersprießlicher Arbeit entstanden ist, wird sich jetzt teilweise in völlig neuen Bahnen bewegen müssen, da die bisherigen gesellschaftlichen und verwaltungstechnischen Einrichtungen, die den Friedensverhältnissen angepaßt waren, sich im Kriege nicht mehr durchführen lassen. Von besonderer Wichtigkeit und weittragender Bedeutung für ungezählte Kreise ist die Frage der Stellung der Kriegsteilnehmer zur staatlichen Invalidenversicherung, zu der hier auf Grund der bisher von maßgebender Stelle im Kriege gemachten Erfahrungen neue Anregungen zur Herbeiführung eines Notgesetzes bezüglich der Krankenrenten gegeben werden sollen.

Die überwiegende Mehrheit der Kriegsteilnehmer ist bei der Invalidenversicherung versichert. Nach den gesetzlichen Bestimmungen haben diejenigen Versicherten, die 26 Wochen lang krank und arbeitsunfähig gewesen sind, für die weitere Dauer der Arbeitsunfähigkeit Krankenrenten zu beanspruchen. Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes ist die Krankenrente auch dann zu gewähren, wenn die Kranken zwar nicht zeitig Invalide im Sinne des Gesetzes sind, sondern nur die Gefahr des Eintritts der Invalidität besteht, die durch ein Heilverfahren abgewendet werden soll. Die Krankenrente muß im förmlichen Verfahren zuerkannt und im förmlichen Verfahren wieder aberkannt werden.

Bezüglich der Kriegsteilnehmer liegen die gesetzlichen Bestimmungen nicht völlig klar. Die Ansichten der maßgebenden Stellen gehen hierbei weit auseinander. Von manchen Seiten wird geltend gemacht, daß Mannschaften, die im Heeresdienst stehen, überhaupt keinen Anspruch auf Invaliden- oder Krankenrente erheben können, da diese, so lange sie dem Heere angehören, von der Heeresverwaltung zu versorgen sind und dadurch der Grund entfällt, nach dem die Rentengewährung gesetzlich überhaupt in Aussicht genommen ist. Kriegsteilnehmer könnten also erst dann Anspruch auf Krankenrente oder bei voraussichtlich dauernder Invalidität auf Invalidenrente stellen, wenn sie aus dem militärischen Verhältnis entlassen sind. Es wird dabei darauf hingewiesen, daß die förmlichen Vorschriften des Gesetzes während der Einziehung der Mannschaften zum Militär nicht eingehalten werden können. Die überwiegende Mehrheit der Landesversicherungsanstalten scheint allerdings auf einem anderen Standpunkte zu stehen. Von vornherein war man sich darüber einig, daß den Wünschen der Kriegsteilnehmer und den Ansprüchen, die diese auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen etwa erheben, in weitestem Maße entgegenzukommen werden soll. Besonders ist vor einer süddeutschen Landesversicherungsanstalt bekannt, daß diese bereit war, jedem Kriegsteilnehmer, bei dem die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind und der mehr als 26 Wochen krank oder verwundet in Lazarettspflege zugebracht hat, für die übrige Dauer der Lazarettbehandlung die Krankenrente zuteil werden zu lassen.

Der Durchführung dieser Maßnahme haben sich jedoch Schwierigkeiten dadurch entgegengestellt, daß die gesetzlichen Bestimmungen die Gewährung der Krankenrenten zweifellos davon abhängig machen, daß bei Ablauf der 26 Wochen eine Erwerbsbeschränkung von mindestens 66% Prozent vorliegt und die Rentengewährung und Rentenerteilung an das gesetzlich vorgeschriebene förmliche Verfahren gebunden ist. Zweifellos verbleiben in den Militär Lazaretten zahlreiche verwundete und Kranke über 26 Wochen, die nicht zum mindesten 66% Prozent arbeitsunfähig sind, sondern die lediglich aus militärischen Gründen noch nicht wieder für den Heeresdienst verwendungsfähig sind. In diesem Punkt liegt ein wesentlicher Unterschied im Vergleich zu den bürgerlichen Kranken in Friedenszeiten. Zur Erkennung und Abgrenzung der Renten im förmlichen Verfahren ergeben sich vielfach aus militärdienstlichen und auch persönlichen Gründen, wie Ueberweisung in andere Lazarette, zu anderen Truppenteilen, das Wiederausrüden ins Feld oder ins Etappengebiet usw., vielfach Schwierigkeiten, die die Durchführung des förmlichen Verfahrens erschweren und teilweise unmöglich machen.

Bei dieser Sachlage und den verschiedenen Auffassungen über die gesetzlichen Bestimmungen und die tatsächlichen Schwierigkeiten muß bei der Durchführung der auf Friedenszeiten zugeschnittenen Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes gegenüber den Kriegsteilnehmern eine weitgehende Ungleichheit in den verschiedenen Verwaltungsbezirken und auch in den einzelnen Verwaltungsstellen selbst in der Versorgung der Kriegsteilnehmer mit Krankenrenten eintreten. Diesem Uebelstand muß rasch und dringend vorgebeugt werden. Nach Lage der Verhältnisse kann eine Abhilfe nur auf dem Wege eines Notgesetzes herbeigeführt werden, das den Kriegsteilnehmern eine besondere Stellung anweist, bis nach Friedensschluß die zukünftige Gestaltung der Dinge nach den jetzt gemachten Erfahrungen eingehend erörtert werden kann. Das Beste und Einfachste wäre, wenn allen entsprechend versicherten Kriegsteilnehmern nach Ablauf der 26. Woche nach ihrer Verwundung oder Erkrankung die Krankenrente in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe für die Dauer des weiteren Lazarettaufenthaltes gewährt werden könnte. Mit dem Ausscheiden aus dem Lazarett würde die Krankenrente eingestellt und für diejenigen Kriegsbeschädigten, die als dienstunfähig zur Entlassung eingegeben werden, Antrag auf Gewährung der Invalidenrente im förmlichen Verfahren zu stellen sein. Eine derartige Regelung hätte den großen Vorteil, daß der Verwaltungsapparat in ernster, schwerer Zeit entlastet, die rasche Erledigung der Wünsche der Versicherten ermöglicht und eine gleichmäßige Behandlung aller Versicherten herbeigeführt

Kriegserlebnisse von Georg Seydemark.

Leibjäger Klette.

(Schluß)

Langsam schiebe ich mich vor. Jetzt liege ich am Fuße des Erdaufwurfs, der die Schützengrabenböschung bildet. Klette hinter mir. Ganz behutsam nehme ich die Pistole in die rechte Hand, ganz langsam . . .

Mit einem kurzen Kopfnicken gebe ich Klette das Zeichen: drauf!

Da — ein furchtbarer Donnererschlag — Rauch — Feuer — heißender Qualm in Nase und Mund . . . und vor den Augen purpurnes Blut, in dem tausend Feuerfunken wahnwitzig schnell kreisen . . .

Undeutlich kommt mir zum Bewußtsein, daß Klette aufspringt und zurücktritt.

Mein Kopf ist auf die Erde gesunken. Das taufrische Gras macht mich wieder munter.

Himmel, ist das entsetzlich, wenn sie einem das Gewehr einen Knappen Meter vorm Gesicht abschießen. Hätte ich nicht meinen Kopf grad zu Klette gewandt gehabt, dann hätte mir das Feuer wohl die Augen ausgefengt.

Die Ohren dröhnen immer noch.

Was soll nun werden?

Einer gegen sieben?

Das wäre tollkühn. Vor allem, wo sie jetzt auf der Lauer liegen, einen Schritt nur vor mir!

Sollt' ich?

Wer weiß, ob ich in einer Minute noch lebe. Wenn ich's jetzt schon u. s. fange, dann ist's aus. Denn auf zwei Schritte mit diesen Gewehren nicht treffen — das ist bald ein Kunststück . . .

Knack! Knack! Kling's vor mir — sie haben ihre Gewehre reparieren lassen — hüde Patronen im Lauf! Was tun? Die Gefahr, die mir droht, macht mich ganz ruhig. Entschluß: liegen bleiben, bis sie nicht mehr so aufpassen — dann hüil's drauf.

Ich liege wie tot. Ein paar undeutliche Schatten über der Grabenböschung. Hier, dort . . .

Und da jenseits meine Ohren die Flüsterworte ein: „Ja, ja, — einer ist noch da!“

Endeckt!

Nun aber fort, ehe es zu spät ist! Grad hör ich noch, wie ein Kerl im Graben vorsichtig nach links schleicht. Will er mich nun abschnitten oder will er mich von seitwärts abschießen — jedenfalls, es geht gegen mich.

Nun kaltes Blut! Hauptsache: nicht genau rückwärts springen, sondern schräg. Dann ist das Treffen schwer, noch dazu in der Morgendämmerung.

Langsam, langsam das rechte Bein heranziehen . . . Pistole vorsichtig in die linke Hand . . . Rechte Hand zum schnellen Abdrücken auf den Boden gestemmt . . . Aber nicht einen Zentimeter größer werden dabei . . . Alle Muskeln angespannt . . . und hü! — schnelle ich mit heftigem Sprung halb links herum — und sause in meterlangen Sähen walwärts.

Da prasselts auch schon hinter mir her. Tad! tad! tad! tad! tad!

Ich spüre einen leichten Stoß gegen das rechte Knie — Beine knien zusammen — aber nur nicht liegen bleiben! — nur nicht gefangen werden! — weiter! Knochen scheint nicht verletzt zu sein, denn ich kann noch gut laufen.

Da der Wald! Noch fünf Schritte — und hü! stürze ich mit vorgehaltenen Armen in das Birkengebüsch hinein.

Das Schießen hört auf.

Wie ich mein Bein abfühle, finde ich kein Blut. Nur der Reitbein am rechten Bein hat eine Schramme. Also ist's — Gott sei Dank! — nur ein Streifschuß gewesen. Das mit dem rinnenden Blut war nur ein Streich meiner erregten Sinne. Und da hab ich wieder glücklich gelacht.

Am Waldrand entlang gehe ich wieder zurück. Da erhebt sich etwas vom Boden.

Klette!

Ich drohe ihm halb im Scherz.

„Wart nur, mein Junge! So ein Unfug — an den Gewehren rumzumursen! — Wo ist nun unser Gefangener?“

Er macht ein unglückliches Gesicht und humpelt neben mir her. Oberhakenstich. Fleischwunde nur, glücklicherweise.

Was hätte er anders machen sollen, als zurückspringen? Nutzen konnte er mir nichts mehr — da er einmal angeflücht war. Wäre nur noch steif geworden und mit beim Zurückgehen einer verhängnisvollen Last gewesen. Unwillkürlich hatte er

das richtige getroffen.

Sein Hofenbein jähzte sich mehr und mehr rot. „Schmerzen?“ Er versucht zu lächeln.

„Nein, gar nicht, Herr Leutnant! Nur daß ich jurilagemußt habe, und daß wir keinen erwischt haben! Ich bin doch . . .“

Ich unterbreche ihn.

„Aus! Jetzt werden keine Reden gehalten — jetzt geht's erst mal zurück zum Verbinden. Kommen Sie, ich nehme Sie hudepad!“

Er sträubt sich.

„Nein, nein, Herr Leutnant, bitte nicht — ich kann ja noch . . .“

„Na, gut! Dann aber wenigstens Ihren Arm um meinen Hals!“

„Ach, Herr Leutnant, so schlimm . . .“

„Anfug — Befehl!“

Er tuts. Ich fasse ihn unter und humpel mit ihm zurück. Nach zehn Schritten treten aus dem Walde drei Kerls heraus: unsere zweite Staffel. Nachdem die französische Patrouille weg war, hatten sie nachfolgen wollen. Da ging die Knallerei los und sie hatten gewartet. Ja — und nun waren wir ja wieder zurückgekommen.

Stopp! Klette von der anderen Seite mit an. Mühsam klettern wir wieder über die Stolperdrähte und nehmen die Richtung nach dem Herzensfessel. Eins bedrückt ihn — ich merke es ihm schon lange an.

„Herr Leutnant?“

„Hm?“

„Herr Leutnant, das mit dem Gewehr — es war nämlich so neu — und da wollte ich auf dem Rückweg . . .“

„Na, ja, schon gut! — Nun wollen wir mal vor allem sehen, daß Sie bald wieder gesund werden. Sie kommen in die Heimat — und in vier Wochen sind Sie wieder draußen. Lassen Sie mal auf!“

Wie wir im Herzensfessel ankommen, ist's inzwischen taghell geworden.

Es war also höchste Zeit gewesen, daß mich der vorlaute Franzose mit seinem „Il y a encore un“ in die Flucht getrieben hatte.

Ich bin ihm sehr dankbar dafür.

Es wurde so, wie ich gesagt hatte. Heute ist Klette wieder draußen. Und das Eiserne Kreuz zweiter und erster Klasse schmückt die Brust meines lieben, tapferen „Leibjägers“.

würde, durch die einer Vergeudung von Mitteln der Verfassungsanstalten wirksam vorgebeugt wird, die doch im Laufe der letzten Jahrzehnte ein überaus wichtiger Faktor in der Volksgesundheit geworden sind, und denen die nächsten Jahre ebenfalls noch besondere Aufgaben im Interesse der allgemeinen Volkswohlfahrt stellen werden.

Unberechnete Preisunterchiede.

Eine der aufreizendsten Erscheinungen auf dem Lebensmittelmarkt sind die starken Preisunterschiede von Ort zu Ort. Nach der amtlichen preussischen Statistik, die 51 größere Städte behandelt, betrug im September ds. Js. der häufigste Kleinhandelspreis für 1 Pfund Weizenmehl in Straßund 21 Pf., in Breslau und Halle 22 Pf., in Berlin 27 Pf., in Frankfurt a. M. 32 Pf., in Stettin 35 Pf., Roggenmehl in Memel, Allenstein, Straßund und Magdeburg 18 Pf., in Berlin 24 Pf., in Kiel 32 Pf., Weißbrot in Danzig 25 Pf., in Aachen 26 Pf., in Berlin 30 Pf., in Altona, Paderborn und Frankfurt a. M. 50 Pf., Roggenbrot in Götlich 15 Pf., in Magdeburg 15½ Pf., in Berlin 20 Pf., in Altona 25 Pf., in Emden 30 Pf. In einer Zeit, wo sich die Preise, die der deutsche Landwirt für die Tonne Roggen erhält, nur zwischen 215 und 230 Mk., für die Tonne Weizen nur zwischen 255 und 270 Mk. bewegen, schwankt also der häufigste Kleinhandelspreis in den größeren Städten Preußens für 1 Pfund Weizenmehl zwischen 21 und 35 Pf., Roggenmehl zwischen 18 und 32 Pf., Weißbrot zwischen 25 und 50 Pf., Roggenbrot zwischen 15 und 30 Pf. Im letzten Friedensmonat aber, im Juli 1914, als die Brotgetreidepreise noch nicht behördlich geregelt waren, schwankten die Kleinhandelspreise in denselben Städten für 1 Pfund Weizenmehl zwischen 12 und 19 Pf., Weißbrot zwischen 20 und 35 Pf., Roggenbrot zwischen 11 und 20 Pf. Die Preisunterschiede waren also damals nicht nur absolut, sondern auch relativ kleiner als heute.

Weizenmehl kostete im September 1915 in Hanau nur um 2 Pf., in Straßund nur um 3 Pf., in Breslau, Paderborn, Gletwich, Halle, Stade nur um 4 Pf., hingegen in Düsseldorf und Aachen um 11 Pf., in Frankfurt a. M. und Trier um 12 Pf., in Essen um 13 Pf., in Stettin um 15 Pf. mehr als im Juli 1914; die Preissteigerung betrug in Hanau 10%, in Essen 51%. Bei Roggenmehl betrug der Vorsprung in Straßund nur 2 Pf., in Magdeburg nur 3 Pf., in Saarbrücken nur 4 Pf., hingegen in Altona und Düsseldorf 11 Pf., in Essen 12 Pf., in Flensburg 13 Pf., in Kiel 14 Pf.; die relative Preissteigerung belief sich in Straßund auf 12%, in Flensburg auf 100%. Für Weißbrot ist der häufigste Kleinhandelspreis sogar in einigen Städten gesunken und zwar für 1 Pf. in Düsseldorf um 6 Pf., in Neuß um 2½ Pf. Gleich geblieben ist er in Essen. In einigen anderen Städten ist er nur wenig gestiegen, und zwar in Danzig um ½ Pf., in Aachen um 1 Pf., in Bromberg um 2 Pf., in Gletwich um 4 Pf., hingegen in Dortmund um 16 Pf., in Brandenburg um 17 Pf., in Wilhelmshaven um 17½ Pf., in Altona um 21 Pf., in Paderborn um 25 Pf., in Münster um 26½ Pf. In Düsseldorf sank er um 18%, in Straßund stieg er um 133%. Roggenbrot sank im Preis vom Juli 1914 bis zum September 1915 in Memel um 1½ Pf., in Straßund, Münster und Trier um 2 Pf., in Allenstein, Köslin und Hanau um 2½ Pf., hingegen in Paderborn und Frankfurt a. M. um 8 Pf., in Stettin um 8½ Pf., in Tilsit, Altona und Flensburg um 9 Pf., in Emden um 15 Pf. In Memel sank es um 7%, in Emden stieg es um 100%.

Nicht minder ungerechtfertigt als für Mehl und Brot sind die starken Preisunterschiede für die meisten anderen Lebensmittel. Warum kostete 1 Pfund gelbe Erbsen zum Kochen in Hildesheim 45 Pf., in Sigmaringen 80 Pf., Dinsen in Bronberg 60 Pf., in Altona 1 Mk., Kartoffeln in Tilsit und Straßund 4 Pf., in Emden 7 Pf., Butter in Graubenz 1,65 Mk., in Breslau 2,21 Mk., Reis in Allenstein, Emden und Neuß 50 Pf., in Köslin 90 Pf., Zucker in Königschütte und Neuß 26 Pf., in Tilsit 35 Pf., Hirse in Stade und Aachen 40 Pf., in Memel Stettin und Königschütte 70 Pf., 1 Liter Milch in Köslin 18 Pf., in Stettin 28 Pf., 1 Ei in Graubenz 10 Pf., in Potsdam 20 Pf. usw? Salz kostete vor Kriegsausbruch fast überall 10 Pf., vereinigt 11 oder 12 Pf. Auch im September 1915 gab es noch eine Reihe Städte, in denen Salz für 10 Pf. verkauft wurde, z. B. Bielefeld, Frankfurt a. M., Essen, Köln; in Berlin kostete Salz immerhin erst 12 Pf., aber in zahlreichen Städten im Osten und Westen 13 Pf., und in Tilsit und Bromberg 15 Pf. Ausländisches Schweineschmalz wurde im Juli 1914 in fast allen Städten zu 64 bis 80 Pf. verkauft. Billiger war es nach der preussischen Statistik nur in Frankfurt a. D. mit 58 Pf., teurer, nur in Sigmaringen mit 85 Pf. Im September 1915 aber die größte Mannigfaltigkeit: in Graubenz 1,40 Mk., in Breslau 1,60 Mk., in Stettin 1,90 Mk., in Rassel 2 Mk., in Saarbrücken 2,20 Mk., in Berlin 2,30 Mk.

Noch weniger zu rechtfertigen erscheinen die Preisunterschiede, die sich zwischen nah benachbarten Orten geltend machen. Nach dem „Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin“, das die Preise von 20 Gemeinden wiedergibt, schwankte im September 1915 der Preis für 1 Pfund Weizenmehl je nach der Gemeinde zwischen 25 und 40 Pf., Roggenmehl zwischen 10 und 25 Pf., Weißbrot zwischen 28½ Pf. und 39 Pf., Roggenbrot zwischen 16 und 21 Pf., Kartoffeln zwischen 3½ und 8 Pf., Butter zwischen 1,85 Mk. und 2,30 Mk., Reis zwischen 60 und 80 Pf., Salz zwischen 11 und 15 Pf., ausländisches Schweinefleisch zwischen 1,70 Mk. und 2,50 Mk., Hirse zwischen 40 und 80 Pf., 1 Liter Milch zwischen 12 und 30 Pf., 1 Ei zwischen 11 und 20 Pf.

Die allgemeine Festsetzung von Höchstpreisen wäre auch aus anderen Gründen dringend erwünscht. Sie würde aber zugleich die erfreuliche Wirkung haben, die ungerechtfertigten Preisunterschiede von Ort zu Ort zu beseitigen.

(„Gewerkverein“) Dr. K. Lucynski-Schöneberg.

Ein Gewerkschaftsjubiläum.

Am 17. November waren 25 Jahre vergangen, seitdem sich innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung die Gewerkschaften eine einheitliche Verwaltungszentrale in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, ähnlich anderer Zentrale, wie der „Verband der deutschen Gewerkschaften“ geschaffen hatten. In den einzelnen Gewerkschaftsblättern wird auf die außerordentlich schwierigen Kämpfe hingewiesen, welche diese Zentrale innerhalb der vielen einzelnen Gewerkschaftsbünde und der Partei in der Sozialdemokratie zu be-

stehen hatten. Es würde zu weit führen, auf die Einzelheiten dieser an sich interessanten Vorgänge einzugehen. Besonders Lob und Verdienst wird dem verantwortlichen Leiter der Generalkommission, dem Abg. Legien gezollt, der zugleich sein 25jähriges Amtsjubiläum mitfeiern kann. Man muß gestehen, daß es diesem Manne gelungen ist mit seltenem Geschick die verschiedenen Klippen in den andauernden Kämpfen zu umgehen, so daß er heute mit besonderem Stolz auf seine geleistete Arbeit zurückblicken kann. Paul Umbreit, der Redakteur des „Correspondenzblatts der Generalkommission“ hat in einer hübsch angelegten Schrift, 25 Jahre deutsche Gewerkschaftsbewegung, 1890—1915, die Entwicklung der freien Gewerkschaften seit Bestehen der Generalkommission dargestellt.

Die in der Erklärung enthaltenen Sätze decken sich mit den Thesen, die man vor dem Kriege auf den internationalen Kongressen gehalten hat und die zweifellos dazu angetan waren, bei den feindlichen Regierungen die Meinung darzutun, als ob die deutsche Arbeiterschaft im Falle eines Krieges die Regierung im Stiche lassen würde. Man sollte nun annehmen, daß das ganze Verhalten der deutschen Arbeiter auch auf die „Unentwegten“ nicht ohne Einfluß bleiben würde. Dem scheint jedoch nicht so zu sein, sonst würde man derartige Thesen nicht wieder gebrauchen. Interessant ist nun aber der Widerspruch zwischen dem Verlangen in der Erklärung und dem Ansinnen, welches man seiner Zeit an die deutsche Regierung gestellt hat. Als Statthalter mit dem Kriege drohte, da verlangten diese „Unentwegten“ und mit ihnen eine Reihe von Gesinnungsgenossen, daß die deutsche Regierung auf die österreichische Regierung ihren ganzen Einfluß dahin ausüben soll, indem Oesterreich soviel Land an Italien abtreten soll, wie daselbe verlangt, um nur dieses Land vom Kriege abzuhalten. Hier also verlangte man Abgabe von unübersehbarem Land an eine Macht, die zum Verräter an ihren Bundesgenossen werden wollte, während man von Deutschland, also vom eigenen Vaterlande, das bisher siegreich dastand, und dessen Väter und Söhne in so reichem Maße ihr Blut vergossen haben, verlangt, daß auch nicht der geringste Felsen Landes annektiert wird, mit anderen Worten, selbst auch dann nicht, wenn dadurch geeignete Grenzregulierung die spätere Erhaltung des Friedens davon abhängt. Glücklicherweise sind diese Reden und Gedanken dieser Wirkkräfte ohne Einfluß.

Die beste und trefflichste Antwort auf ihre Anschauungen erhalten diese „Unentwegten“ von ihren russischen Genossen. Haben die französischen und englischen sowie die belgischen Genossen kein Verständnis für derartige Anschauungen gezeigt, so weisen die russischen Genossen derartige Liebeswerben weit von sich, wie nachfolgende Notiz besagt:

Aus Rußland kommt die Kunde, daß die russischen Sozialisten einen Aufruf an das Proletariat erlassen haben. Sie fordern die Arbeiter eindringlich auf, sich jeder Handlung darin zu enthalten, die unmittelbar dem Feinde nützen könne. Es heißt in dem Aufruf, daß alle Sozialdemokraten in der Auf-

fassung einig seien, daß eine solche Niederlage im Kriege gleichbedeutend mit einer Niederlage im Kampfe für die Freiheit sei, und daß die Niederlage in erster Linie das Proletariat treffen werde. Das arbeitende russische Volk solle Kampfen gegen die wirtschaftliche, politische und kulturelle Bedrohung durch Deutschland und gegen die Sklaverei, die mit dem Vordringen Deutschlands verbunden sei. Der Aufruf vertritt den Gedanken eines Sonderfriedens, der die größte Gefahr für die Demokratie bedeute. — Der Leiter der Arbeitergruppen der Duma, Kerensky, hatte eine lange Unterredung mit dem Kriegsminister. — Rußland — überalles in der Welt!

Armer Ledebour und Hoffmann, wohin hat euch eure internationale Geistesverwirrtheit getrieben? Verlangt man da wirklich im Ernst, daß die deutsche Regierung solchen Gefühlsaussetzungen Rechnung tragen soll. Die deutsche Arbeiterschaft jedoch muß sich derartige Vorgänge merken.

Unlösbare Widersprüche.

In dem sozialdemokratischen Blätterwald werden trotz des Burgfriedens die Meinungsverschiedenheiten im eigenen Parteilager in wenig friedlicher Stimmung, ja man könnte sagen, oft gefäßiger Weise zum Austrag gebracht. Die Konferenz in Zimwald in der Schweiz, an der bekanntlich die beiden sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ledebour und Adolf Hoffmann teilnahmen, läßt die Gemüter nicht zur Ruhe kommen. Die Erklärung dieser beiden „Unentwegten“ birgt nun auch einen derartig unlösbaren Widerspruch in sich, der diese Männer als solche nicht mehr ernst zu nehmen mit sich bringt. In dieser Erklärung heißt es unter anderem:

Heute erklären die Chauvinisten aller Länder als den Zweck des Krieges die Eroberung ganzer Länder oder von Landestellen. Die Verwirklichung ihrer Absichten würde den Keim zukünftiger Kriege in sich tragen. Im Gegensatz zu diesen Ansichten haben sich entschlossene Minderheiten in allen Ländern organisiert, die die Pflichten erfüllen wollen, die die internationalen Sozialistenkongresse in Stuttgart, Kopenhagen und Basel von allen sozialistischen Parteien verlangten. Diese Pflichten schließen den Widerstand gegen alle Annexionsvorschläge in sich, sowie, heute mehr als je, die Beschleunigung des Kriegeschlusses, eines Krieges, der bereits den Tod Millionen menschlicher Wesen verursacht, der Tausende von Krüppeln geschaffen und erschreckliches Elend den Völkern aller Länder gebracht hat. Daher erklären wir, deutsche und französische Sozialisten: Dieser Krieg ist nicht unser Krieg! Wir verurteilen auf das entschiedenste den Bruch der belgischen Ohnseitigkeit, die durch internationale Verträge, von den kriegführenden Ländern gezeichnet, feierlich gewährleistet war. Wir verlangen und wollen nicht aufhören zu verlangen, daß Belgien in seinem

Rumplertaube.

Den idealsten Flug, den Vogelflug, zeigt unter allen Flugzeugen bekanntlich die Rumplertaube. So ist es denn kein Wunder, wenn unsere Jugend bei ihren Aeroplanmodellen die Rumplertaube besonders begünstigt. Wir geben hier das Bild eines Rumplertaube-Modells, das aus eigener Kraft fliegt, sogar in der Luft Kurven beschreibt und das jeder Junge, der etwas vom Wästel versteht, sich selbst erbauen kann. Die Herstellungskosten sind gering, die Beschäftigung ist lehrreich und interessant, und die Freude ist groß, wenn der Apparat vogelgleich die Luft durchfliegt. Die Konstruktion ist einfach. Man hat 2 Hauptgruppen zu unterscheiden:

1. Die sog. Chassis, also den Rumpf, das Fahrgerüst und Motoranlage.
2. Die Trag- und Steuerflächen.

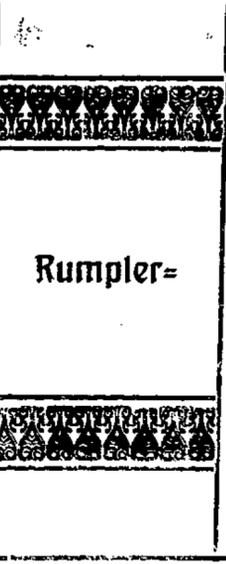
Den Rumpf bildet ein Fichtenholzstab von 48 Zentimeter Länge, 5+7 Millimeter Querschnitt. Er trägt vorne das eigentliche Fahrgerüst und hinten eine Schleifkufe. An ihm werden alle anderen Teile befestigt. Die Streben des Fahrgerüsts (s. Abbildung) werden aus Leddröhr von 3 Millimeter Durchmesser durch Erhitzen über einer Flamme gebogen und an den Rumpf angebunden. Aus einem Holzklöbchen von 5+15+18 Millimeter wird dann das Propellerlager hergestellt und ganz vorne an dem Motorträger angeleimt und zur Sicherheit noch festgebunden. Als Kraftquelle für den 20 Zentimeter großen Propeller, den man sich am besten fertig kauft, dient die Energie eines gedrehten Gummistranges aus 10 Einzelsäden von je 2+2 Millimetern Querschnitt. Vorne wird der Gummistrang in die zu einem Haken ausgebildete, in dem Achsloch drehbar gelagerte Propellerwelle aus Stahldraht oder einer Haarnadel eingehängt, während er hinten seinen Halt findet in einem 6 Zentimeter vom Ende am Rumpf angebrachten Gegenhaken. Zur Erzielung geringster Reibung wird zwischen Propeller und Propellerlager eine Perle montiert.

Die Haupttragflächen (Flügel) sind zweiteilig gehalten; ihre Form und Bauart sind aus der Abbildung ersicht-

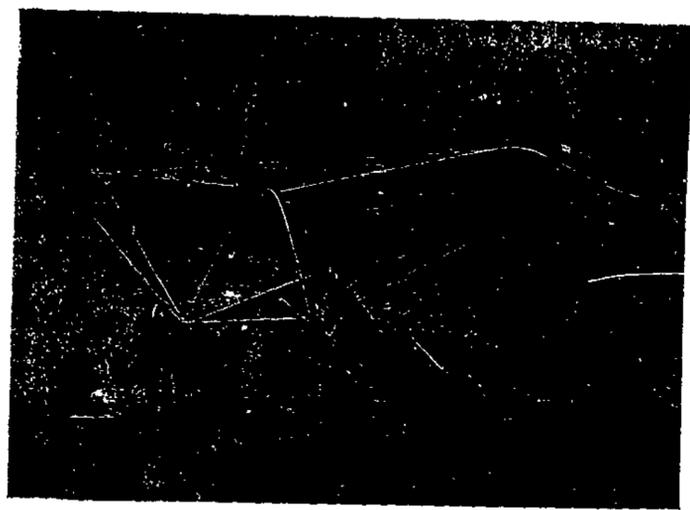
lich. Der vordere Holm besteht aus Leddröhr von 3 Millimeter Stärke, der hintere aus Bambus oder Erlenholz von 3+2 Millimeter und Rippen ebenfalls aus Bambus oder Journier von 3+0,5 Millimetern. Die Verbindung der einzelnen Teile untereinander erfolgt durch Leimen und Binden, wobei zu beachten ist, daß die Rippen immer unten liegen. Das Spannungsmaterial, Pergamentpapier oder Seide, wird an der Unterseite angeleimt. Die Befestigung der Flügel erfolgt durch sog. Reiter, das sind dünne Röhrchen, die in der Mitte plat gedrückt und mit dem Rumpf fest verbunden werden. In diese Röhrchen werden die Holzenden, die natürlich etwas über die erste Rippe hinaustragen müssen, hineingesteckt.

Die Schwanzfliche (Höhensteuer) hat Dreiecksform und wird ähnlich wie die Tragflächen hergestellt und dann an den Rumpf angebunden. Für das ebenfalls dreieckige Seitensteuer ist ein Rahmen aus Leddröhr von 2 Millimeter Durchmesser erforderlich, der beiderseitig bepannt und an dem oberhalb des Rumpfes hinaustragenden Stiel der Schleifkufe mit dünnem Draht stramm angebunden wird. Vor dem Seitensteuer ist eine Dämpfungsfläche, die vorn mit dem Höhensteuer abschneidet, anzubringen. Durch Verpannen mittelst Zwirn oder Seide erhält das Ganze festen Halt und vor allen Dingen genaue und richtige Lage der einzelnen Teile zueinander.

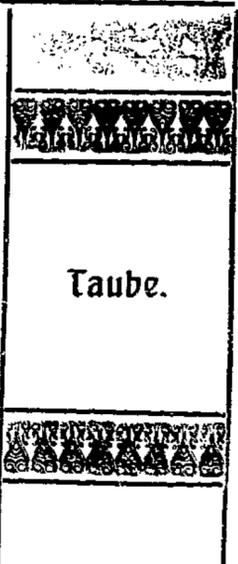
Das Schönste und Interessanteste bei der ganzen Sache sind die Flugversuche. Es dürfte jedoch zu weit führen, auf diese hier näher einzugehen, da sie vorzüglich und ganz systematisch durchgeführt werden müssen. Bezüglich dieser Versuche müsse wir auf das Büchlein „Rumplertaube“ verweisen, das zugleich eine genaue und ausführliche Anleitung zur Herstellung des Modells und zur Durchführung der Flugversuche gibt und mit Zeichnungen und Modellbogen in natürlicher Größe versehen ist. Dieses Büchlein bildet das 71. Heft der Sammlung „Spiel und Arbeit“, deren Motto lautet: „Mäcker Knaben fertigen sich ihr Spielzeug selber an!“ Verlag von Otto Maier in Ravensburg. Jeder deutsche Junge kennt ja diese vorzügliche Sammlung, nach der sich so leicht und sicher arbeiten läßt. Der Preis des Büchleins „Rumplertaube“ ist nur 80 Pfg.



Rumpler=



Taube.



Er scheint wöchentlich einmal: Freitag. Ausgaben: Die 6 gepaltene Borgzettel 20 Pfennig. Im Abonnement oder bei Wiederholung entsprechend billiger. Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Eiche

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark bei jedem Postamt und in der Expedition. Eingetragen in der Post-Zeitungspreisliste. Redaktion und Expedition: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/23. — Fernruf: Amt Köpenick 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Gottmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23. — Geldsendungen an W. Zieffe, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Nummer 49/50.

Am a. Donau, den 17. Dezember 1915.

26. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis: Berichtigung. — Amtliche Bekanntmachung: An die Ortsvereinskassierer. — Friede auf Erden? — Sind die hohen Lebensmittelpreise berechtigt? — Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Oktober. — Die Eisenbahntruppen im Kriege. — Die Wiederbeschäftigung kriegsbeschädigter Holzarbeiter. — Eine Quelle unserer Kraft. Nun erst recht Sozialpolitik! — Mehr Dampf dahinter. — Schonung der Arbeitskraft. — Preisausschreiben für einen Armerjak. — Was bedeuten die Zeichen auf den Mufertungscheinen? — Ehrentafel. — Wie man in England „Freiwillige“ zu Ketten verjucht. — Anzeigen.

Berichtigung.

Den aufmerksamen Lesern unserer „Eiche“ wird der sinnentstellende Widerspruch, welcher in der letzten Nummer der „Eiche“ auf der dritten Seite enthalten ist, aufgefallen sein. Der Artikel: „Ein Gewerkschaftsjubiläum“ hat hinter dem Schluß der 13. Zeile von oben einen Anhang erfahren, der durch ein geradezu unentschuldigbares Versehen des Setzers dorthin gekommen ist, während er in Wirklichkeit auf der vierten Seite am Schluß des Artikels „Unlösliche Widersprüche“ hingehört. Die Leser werden das wohl zum größten Teil selbst herausgefunden haben.

Die Redaktion.

Amtliche Bekanntmachung. An die Ortsvereinskassierer.

Die Notwendigkeit, die Jahresabschlüsse unserer Zuschuß- und Sterbefälle der Aufsichtsbehörde rechtzeitig einreichen zu müssen, gibt Veranlassung, an alle Kassierer und Vorsitzenden der Ortsvereine das dringende Ersuchen zu richten, dafür zu sorgen, daß die Abschlüsse nebst Anlagen für den Monat Dezember 1915 bis spätestens den 4. Januar 1916 eingefandt werden. Es sei noch ganz besonders darauf hingewiesen, daß die Mitglieder deshalb für eine pünktliche Beitragszahlung Sorge tragen müssen. Sollten außerdem dann noch einige Beitragsreste vorhanden sein, so darf dieses die Absendung der Abschlüsse nicht verzögern. (Siehe Leitfaden für die Verwaltung Seite 39, Abs. 2.)

Sodann sei darauf aufmerksam gemacht, daß es unbedingt vermieden werden muß, zum Jahresabschluß in den Ortsvereinskassen oder in der Kranken- und Sterbefälle mit Darlehen, sogenannter Mehrausgabe abzuschließen. Sollten die Ortskassierer mit ihren Beständen in einer der Kassen voraussichtlich nicht ausreichen, so haben dieselben für die betreffende Kasse rechtzeitig Remittierungsanträge nach hier einzureichen.

Sodann ersuche ich die Ortskassierer, bei der mit Jahresanfang notwendigen Eintragung der Mitgliedernummern, Namen und Beitragsjahren in das Beitragsverzeichnisbuch darauf zu achten, daß die Nummern in der Reihenfolge von den niederen zu den höheren steigend, zur Eintragung kommen, z. B. 463, 1270, 1271, 8650, 12207 usw. Für die unserer Sterbefälle angehörenden Mitglieder sind die in der Eintragung des Mitgliedes nächstfolgenden Rubriken zu benutzen.

Im weiteren sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß in Vereinen, wo eine Neuwahl der Kassierer stattgefunden hat die bisherigen Kassierer die Kassengeschäfte noch so lange zu verwalten haben, bis der Abschluß für den Monat Dezember abgesandt ist und die ordnungsmäßige Kassenerübergabe stattgefunden hat. (Siehe Leitfaden für die Verwaltung Seite 39, Absatz 9.) W. Zieffe, Hauptkassierer.

Friede auf Erden?

Wenn diese Nummer der „Eiche“ in die Hände unserer Leser kommt, dann trennen uns nur noch wenige Tage von dem sonst in gewöhnlichen Zeiten von Alt und Jung, Klein und Groß so sehnsüchtig herbeigewünschten Weihnachtsfest. Wie ganz anders sieht es diesmal aus. Zwar gab auch in diesem Jahr die Schaufenster der einzelnen Geschäfte festlich geschmückt. Selbst aber auch dieser Schmuck fehlte im Zeichen des Krieges, indem in der Hauptsache Festungen, unterstände und dergleichen Kunstvoll dargestellt sind, in denen naturgemäß unsere „Feldgrauen“ die Hauptrolle spielen. Alles dieses ist gewiß angetan, so manches Ainderange zu erfreuen, aber die sonst so natürliche Weihnachtsfreude wird leider fehlen. Die Wunden, die dieser unsägliche Krieg in den meisten Ge-

milien geschlagen hat, sind zu schwer, um so schnell vernarbt zu sein, immer neue Opfer werden verlangt. Selbst die Familien, welche bisher direkt vom Unglück verschont geblieben sind, leben in banger Sorge, jeden Tag vom Schicksal getroffen zu werden. In diesem Weltenbrande feiern wir nun zum zweiten Male das Fest des Friedens und der Freude.

Angesichts der Tausenden und Abertausenden von vernichteten blühenden Menschenleben klingt es beinahe wie Hohn auf die Menschheit, wenn man von Frieden und Freude spricht. Als man im vergangenen Jahre das Weihnachtsfest feierte, da lachten es Tausenden von Familien schier unfassbar, daß das Familienoberhaupt oder die Söhne an dem Feste nicht teilnehmen konnten. Heiße Gebete um baldigen Frieden stiegen gen Himmel. Man tröstete sich teilweise mit dem Gedanken, daß mit dem Eintreten des Frühlings wir auch dem Frieden näher gekommen sein werden. Aber was sind alle Hoffnungen gegen die

bert, so könnte man diese bescheidenen Forderungen ohne Gefahr bewilligen. Der von Regierungsseite möglichst schwarz gemalten Rechnung könnte man eine Gegenrechnung aufstellen, das deutsche Volk wird eine Ablehnung einfach nicht verstehen, und hat vor allen Dingen Anspruch auf Vollwertigkeit. Noch heißer als im vergangenen Jahre werden an diesem Feste die Wünsche nach Frieden gen Himmel steigen, doch niemals werden und dürfen die Wünsche sich zu einem Frieden um jeden Preis versteigen. Wenn von einzelnen Heißspornen derartige Gedanken geäußert werden, so sind das nur Meinungen einer kleinen Minderheit, die ohne jeglichen Einfluß ist. Die übergroße Mehrheit steht auf dem Standpunkt, daß nur ein Friede auf derartiger Grundlage geschlossen werden darf, der für spätere Zeiten ein derartiges Blutergießen verhindert. Zweifellos wird die Entschliebung, welche auf der Tagung des Zentralausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei in Berlin dieserhalb angenommen wurde, in den weitesten Kreisen des Volkes, ganz besonders in unsern Gewerksvereinskreisen, ungeteilten Beifall finden, bringt dieselbe doch unsere Gedanken vollauf zum Ausdruck. In der betreffenden Entschliebung heißt es:

Es sei unverkennbar, daß, wie durch die ganze Welt, auch durch das Deutsche Reich eine Friedenssehnsucht gehe. Aber das deutsche Volk einschließlich der Millionen, die an der Front stehen, sehne sich nicht nach irgend einem Frieden, sondern nach dem Frieden, den wir brauchen. Und alle seien fest entschlossen, durchzuhalten, bis dieser Friede erreicht sei. Unsere politische, militärische und wirtschaftliche Lage gestatte uns, mit Zuversicht auszuharren. Was sei aus den Nahrungserlösen unserer Gegner geworden? Ein wirklicher Mangel könnte sich im Deutschen Reich nur dann zeigen, wenn die Organe des Staates und der Gemeinden versagten. Wohl leide alles unter der zunehmenden Teuerung, es sei aber in allen Ländern, auch bei den Neutralen so. Gewiß hätte man in der Lebensmittelversorgung manches noch besser machen können, man müsse sich aber doch fragen, ob wir nicht manchmal zu wehleidig seien und unsere Lage zu wenig verglichen mit der anderer und mit der, in die wir hätten unter Umständen selbst geraten können, und ob nicht hier und da auch begründete Mißstimmung agitatorisch ausgenutzt würde. Jedenfalls werden unsere Lebensmittel reichen, zumal da uns jetzt der Zugang zum Orient offen stehe. Mit unseren Finanzen können wir zufrieden sein, hat sich doch gezeigt, daß die Engländer ärmer sind, als die Welt geglaubt hat, wir reicher, als wir selbst wußten. Die Abtragung der ungeheuren Lasten in der Zukunft wird die anderen schwerer bedrücken als uns, wir zahlen unsere Zinsen und Amortisationen in die eigene Tasche, die anderen in die amerikanische. Was die politische Lage betreffe, so hätte vor Jahresfrist wohl niemand geglaubt, daß die Engländer unsere deutsche Diplomatie der ihren als unverreichbares Muster vorhalten würden!

Militärisch stellen uns unsere Gegner immer die große Offensive der näheren oder ferneren Zukunft vor Augen. Sie wird wohl recht groß werden müssen, bis alle von uns besetzten Gebiete von ihnen zurückerobert sind, und dann sind wir erst soweit wie Anfang August 1914. Das eigentliche Siegen müßte dann erst beginnen! Die Feinde hoffen auf ihr Menschenmaterial; unerlässlich ist das nirgends, aber soviel auch sie auch Menschen aufbringen mögen, es wird ihnen nicht gelingen, in dem Maße wie bei uns diese Menschen in Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere zu verwandeln.

Unsere Gegner halten uns vor, es würde uns niemals gelingen, England niederzurufen. Die Gegenfrage ist berechtigt: kann England uns niederringen? Noch viel weniger! Es wird alle Hände voll zu tun haben, um finanziell sich und seine Bundesgenossen über Wasser zu halten, und die neuesten Ereignisse zeigen uns, daß die Engländer sich bewußt sind, wo sie sterblich sind.

Von neutraler Seite und verdeckt auch von unseren Gegnern wird ab und zu der Gedanke angeregt, ob es nicht ein Gebot der Menschlichkeit und unsere Aufgabe sei, als derjenige, der sich bisher als der Stärkere erwiesen habe, dem als schwächerer Befundenen als erster die Hand zum Frieden zu bieten. Voraussetzung müßte dann aber doch sein, daß der Schwächere sich als der Besiegte fühlt. Solange wir die Regierung, die Parlamente, die Presse der feindlichen Staaten die Wahrheit nicht sehen wollen und nicht an ihre Niederlage glauben, sondern mit naivem Behagen unser Zell unter sich verteilen, würden sie jedes Entgegenkommen nur als Symptom der Schwäche verwerten. Es wird sich einmal zeigen, daß Eroberungsjucht und Kriegsfreudigkeit auf deutscher Seite dem Frieden, wenn er von der anderen Seite gewünscht wird, nicht entgegenstehen. Es gibt bei uns keine Militär- und Eroberungspartei, die den Frieden um des Krieges willen, verhindern möchten. Aber unsere Gegner gestatten uns nichts anderes als zu warten, bis sie richtige Einsicht in ihre Lage gewonnen haben.

Ueber Friedensbedingungen jetzt im einzelnen zu reden, ist eine brotlose Beschäftigung; nur eines kann man allgemein

Fröhliche Weihnachten

in der Hoffnung auf baldigen Frieden!

sendet allen unsern Mitgliedern und Freunden

Der Hauptvorstand.

rauhe Wirklichkeit. Jetzt ist wieder Weihnachten, und das Ende dieses entsetzlichen Weltkrieges ist noch nicht abzusehen. Mehr denn je, werden wir an diesem Feste zum Nachdenken veranlaßt. Das Jahr 1915 wird mit besonders schwarzen Letztern in der Weltgeschichte vermerkt werden. Tausende von blühenden Menschenleben sind dahingerafft worden, unzählige Werte sind vernichtet worden, und die Kulturstufe der Menschheit ist durch den Krieg wahrlich nicht in die Höhe gekommen, die Folgen werden sich erst nach dem Kriege in seinem ganzen Umfange bemerkbar machen. Schier verzweifeln könnte man an der Menschheit, wenn man bloß an die vielen Witwen und Waisen denkt, die jetzt ihres Ernährers beraubt, ein freudloses Dasein führen. Wahrlich, die Schuld der Anstifter dieses Weltbrandes wächst immer höher. Zwar soll der Mensch sich frei halten von jedem Rachegeanken, aber verstehen kann man es durchaus, wenn sich in dieser oder jener Brust ein bitteres Gefühl des Hasses einschleibt. Neben diesem Verlust der Angehörigen kommt der bittere Kampf ums Dasein, der geradezu erschreckende Formen annimmt. Mit Recht können wir wohl sagen, das deutsche Volk, vor allem die deutsche Arbeiterschaft, führt einen stillen, aber entschlossenen Kampf, der geradezu bewundernswert ist. Das feste Bewußtsein, daß Deutschland den Krieg nicht gewollt, sondern nur einen Verteidigungskampf führt, läßt sie alles ertragen, läßt sie alle Not und Entbehrungen willig auf sich nehmen. Dieses stille Dulden, welches gerade am Weihnachtsabend einem jeden der Schwerbetroffenen ins Gedächtnis ruft, was er durch den Krieg verloren und entbehren muß, zeigt die wahre Größe des Leidens. Diese edlen Gefühle sollte man allseitig anerkennen und strenge darauf achten, daß dieselben keine Verletzung erfahren. Solche Reden, wie sie im Reichstag von Lenten v. n. „Bund der Landwirte“ geführt werden, sind leider dazu angetan, die edelsten Gefühle der Menschheit zu verletzen. Man soll sich hüten, mit dem Feuer zu spielen. Die deutsche Arbeiterschaft hat in der langen Dauer des Krieges gezeigt, daß sie bereit ist, ihr Vaterland bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, sie verlangt aber auch andererseits, daß man ihre dringenden Wünsche und Bedürfnisse befriedigt. Wenn man jetzt gewissermaßen als Weihnachtswunsch auf den Tisch des Reichstags die Forderung auf Herabsetzung der Altersgrenze zum Bezug von Altersrenten und mehr Versammlungsfreiheit for-

Jagen: es darf nach dem Frieden nicht wieder so sein, wie es vorher gewesen ist. Mit der Wiederherstellung des früheren Zustandes, die uns unsere Gegner vielleicht zuerkennen möchten, ist uns nicht gedient. So beides sind wir doch nicht. Wir wären zufrieden gewesen, so, wie es war, wir haben den Krieg nicht begonnen; nach dem aber, was wir geopfert und gelitten haben, müssen wir im Frieden mindestens vor einer Wiederholung feindlichen Angriffs nach Möglichkeit gesichert werden. Was dazu notwendig ist, wird seinerzeit besprochen werden.

Diesen Ausführungen können wir uns vollinhaltlich anschließen, führen uns dieselben doch so recht das für und wider eines Friedens vor Augen. Andererseits kommt zum Ausdruck, daß alle Weisheitspolitik jetzt keinen Zweck hat, sondern nur die rauhe Wirklichkeit entscheidet. Damit wollen wir auch diesen Wunschzettel beiseite legen und auf eine bessere Zukunft hoffen.

Die Hoffnung, das ist das Zauberwort, welches uns nie erlahmen läßt, sondern immer zu neuen Taten anregt. Oft scheint es, als ob das Schicksal einen Menschen, eine Familie erschüttern will, aber die Hoffnung auf die Zukunft, die in ihrem verborgenen Schoße so manches gute birgt, sie läßt uns wieder aufleben. Auch unsere Organisation als solche hat schwere Kämpfe durchmachen müssen, und so mancher Schlag steht ihr noch bevor. Von links und rechts von Feinden umgeben, stehen wir mitten in der Brandung. Aller Reid und Mühsal, selbst dieser Weltkrieg hat nicht vermocht, unsern Gewerksverein in seinen Grundfesten zu erschüttern, im Gegenteil, Ehre und Anerkennung ist uns selbst von Kreisen, die uns nicht immer wohlwollten, zu teil geworden, die gerechte Sache siegt. So steht es auch mit unserem Vaterlande. Von Feinden rings umgeben, versucht man das deutsche Reich zu zerschmettern. Der deutsche Adler hat nicht umsonst überall schärfen Ausguck gehalten, stark gerüstet hat man ihn gefunden. In dem größten Kriebe, der Liebe und Treue des deutschen Volkes wird die englische Habsier, französische Revandegelle, italienische Hinterlist und russische Vandalengier zerschellen. Aus dem wilden Chaos des Weltkrieges wird ein geestigtes, einigtes deutsches Reich hervorgehen, in dem auch die Arbeiterorganisationen ihre weitere Kulturarbeit in verstärkter Maße ausführen werden und wir dann in Wirklichkeit rufen können

Friede auf Erden!

Sind die hohen Lebensmittelpreise berechtigt?

Die Klagen über die hohen Lebensmittelpreise wollen nicht verstummen. Geht die Regierung dazu über, für einzelne Artikel Höchstpreise festzusetzen, so kann man mit aller Bestimmtheit damit rechnen, daß diese davon betroffenen Artikel nicht mehr auf den Markt gebracht werden, das sehen wir jetzt mit dem Schweinefleisch und der Butter. Wurden vorher 12 000 Schweine auf den Berliner Viehhof aufgetrieben, so sank die Zahl nach der Festsetzung der Höchstpreise auf 3-5000. Ähnlich verhält es sich mit der Butter. War vorher Butter gerügelt, allerdings für einen hohen Preis zu haben, so müssen jetzt die Hausfrauen stundenlang bei Wind und Wetter ausharren, um nur 1/2 Pfund Butter zu erhalten. Warum mit einemmal diese Knappheit? Das gibt doch ohne weiteres zu bedenklichen Anlaß. Der Händler sucht die Schuld auf den Produzenten, und dieser wieder auf den Händler zu schieben, der Notleidende ist und bleibt das laufende Publikum. In Ausreden und Begründungen hat es den Lebensmittelpreisteurern ja noch nie gefehlt. Außerordentlich lehrreich ist in dieser Beziehung die Erhöhung der Bierpreise. Wenn nun auch das Bier nicht zu den notwendigen Lebensmitteln gerechnet werden kann, so sind die Leuten, die dem Arbeiter nach getaner schwerer Arbeit nicht sein Glas gönnen. Nun machten die Brauereien ihren vor dem Kriege wiederholte Anläufe, höhere Preise zu erzielen, stießen jedoch bei den Gastwirten und dem Publikum auf lebhaften Widerstand. Die Einschränkung des Getreideverbrauchs in der Kriegszeit schenken den Brauereien eine willkommenen Gelegenheit. In langatmigen Rechnungsaufstellungen und Beratungen mit den Gastwirtsvereinen suchte man das Publikum davon zu überzeugen, daß das Brauereigewerbe unaufhaltsam seinem Untergang entgegen gehe, wenn nicht sogleich eine nennenswerte Erhöhung des Bieres vorgenommen werden würde. Gutmütig, wie der deutsche Michel nun einmal ist, nahm er ohne Murren

diese neuen Lasten auf sich. Wie es im Leben nun einmal ist, der Appetit kommt gewöhnlich beim Essen. So erging es auch den Brauereien. Als die erste Bierpreiserhöhung so glatt vor sich ging, kam man in kurzer Zeit mit der zweiten. Diese wurde allerdings nicht mehr so willig hingenommen. Gastwirte, Publikum und auch einzelne Behörden nahmen hiergegen Stellung. Das stellvertretende Generalkommando des 11. Korps veranlaßte eine Erhöhung. Das Organ des deutschen Gastwirtsverbandes, das „Gasthaus“ schreibt unter anderem:

„Unbekümmert um die allgemeine Mahnung des Handelsministers an Handel und Industrie, den Krieg nicht als günstige Konjunktur auszunutzen, lassen die Brauereien Bierpreiserhöhung auf Bierpreiserhöhung folgen. In den meisten Fällen werden die Preisfestsetzungen, die natürlich damit begründet werden, daß sich die Großbrauereien in schwerer Not befinden, im gegenseitigen Einverständnis mit den in Frage kommenden Gastwirtsvereinigungen festgesetzt. Wie dieses Einverständnis mit den Gastwirten erzielt wird, ist ja erst vor kurzem durch die Verhandlungen in der Reichshauptstadt sehr lehrreich und interessant bewiesen worden. Die Großbrauereien legen den Abgeordneten der Gastwirtsvereinigungen eine fertige Vorlage vor und stellen nun den Gastwirten in lebenswürdiger Weise frei, die vorgeschlagene Bierpreiserhöhung, ohne zu müssen, anzunehmen — daß von dem gewünschten Preisausschlag nicht abgehandelt werden darf, wird gleich von vornherein von den Brauereien als ganz selbstverständlich betont —, da sie sonst kein Bier mehr geliefert erhalten würden. So nebenbei wird dann noch, um den etwa zögernden Gastwirten den Rücken ein wenig zu stärken, darauf hingewiesen, daß Macht nicht vor Recht gehen soll, daß so eine Bierpreiserhöhung aber letzten Endes doch immerhin eine Machtfrage sei, und daß bei Geltendmachung dieser Machtfrage die Brauer der Zahl nach wohl in der Minderheit, in wirtschaftlicher Beziehung aber die Stärkeren sein würden. Ist endlich auf diese Art in schönster Harmonie mit sanfter Gewalt die Bierpreiserhöhung zustande gekommen, so können auch die Geschäftsberichte der notleidenden Brauereien erscheinen, und aus diesen erzieht man zu seinem Staunen, wie die Notleidenden fette Dividenden verteilen, nachdem sie in weiser Fürsorge erkleckliche Kriegserlösen zurückgelegt und nicht zu knappe Abschreibungen vorgenommen haben.“

Untertrüben wurden diese Ausführungen in der letzten Versammlung der Gastwirte Charlottenburgs. Dort wurde ausgeführt, daß der Verein der Brauereien stets und auch jetzt wieder vorgeschickt habe, die Erhöhung des Bierpreises sei durch die Verteuerung der Rohmaterialien, die Steigerung der Löhne und der Preise für Futter notwendig geworden. Ohne Rücksicht auf die Konjumenten und die schon dem Ruin nahe stehenden Gastwirte haben die Brauereien ihnen diesen Aufschlag von 5 resp. 6 Mark aufgezwungen. Mit welcher Raffinerie dabei zu Werke gegangen ist, beweise die Tatsache, daß bei den Verhandlungen zwischen Brauereien und Vertretern der Gastwirte der Vertrag, welcher eventuell erst am 1. Dezember in Kraft treten sollte, schon zum 18. Oktober fertig ausgearbeitet vorlag. Nach dem Spruch des Herrn Direktors Jägers, „Macht ginge schließlich vor Recht“, da die Brauer finanziell doch die Stärkeren seien, unterlagen denn auch die Gastwirte. Es wurde dann darauf hingewiesen, daß, sobald die Bierverteuerung am 25. Oktober definitiv in Kraft getreten war, auch sofort der schon längst erwartete Jahresabschluss der Schultheißgesellschaft erschien, den sie sonst spätestens August oder September herausgibt, diesmal aber, um die Konjumenten und Gastwirte wegen der Dividendenverteilung nicht zu sehr in die Walle bringen und um erst die Bierpreiserhöhung durchzusetzen, zurückgehalten hatte. Und siehe da, das Jammern der Brauer, bei den Preisen nicht zurechtzukommen, hatte den notleidenden Aktionären der Schultheiß-Brauerei die schöne Dividende von 16 Prozent, für im Vorjahre 12 Prozent, trotz der vielen Abschreibungen, Rückstellungen und durch den Krieg bedingten geringeren Umsätze, in den Schoß schütten können. Demselben Beispiel ist auch sofort die Bahnhöfer Brauerei gefolgt und die anderen werden ebenfalls mit größerem Verdienst wie sonst abschneiden. Es wurde sogar gemutmaßt, daß eine ebendertige Brauerei beabsichtige, ihre Aktionäre zu Weihnachten mit 20 Prozent zu beglücken.

Den erbiterten Ton, welcher aus diesen Ausführungen herausklingt, kann man verstehen und man wird geradezu empört, wenn man die Jahresabschlüsse nachstehender einzelner Berliner Brauereien verfolgt:

	legt:	voriges Jahr:
Viktoria-Brauerei	8	3 pSt.
Schultheiß	16	12
Boch	5	3
Spanbauer Berg	5	3
Besserberg	9	3
Berliner Rindl (Stammaktien)	18	14
(Vorzugsaktien)	20	16
Friedrichshain	3	0
Bagenhöfer	14	11
Engelhardt	15	15

In allen Fällen also eine Erhöhung der Dividende gegen das Vorjahr. Im übrigen Deutschland ist es nicht viel anders. Es haben erhöht ihre Dividenden u. a.:

	von 8	auf 10	pSt.
Dortmunder Hansa	4	10	10
Brieger Stadtbrauerei	6	10 1/2	10 1/2
Bräuhaus Würzburg	3 1/2	5	5

Das sind nur einige; aus räumlichen Gründen können wir die einzelnen nicht erwähnen. Von den erwähnten 60 Brauereien haben ihre Dividende

erhöht	14 Brauereien
beibehalten:	37
vermindert:	9

Die Verminderung beträgt im allgemeinen ein Prozent.

Wie man angesichts dieser Dividenden noch von einem Untergang des Gewerbes reden kann, ist geradezu unverständlich. Ähnliche Verhältnisse liegen bei den meisten Lebensmittelfabriken. Wir halten durch, darüber besteht kein Zweifel, aber es sollen sich nicht einzelne Leute auf Kosten der ärmeren Bevölkerung bereichern. Durch unsere Beherrschung ist jeder dienstfähige Mann verpflichtet und gezwungen, seinen Geist und Körper in den Dienst des Staates, also der Allgemeinheit zu stellen. Er hat demnach über seine eigene Person nicht zu bestimmen. Sollte da der Staat nicht das Recht und die Macht dazu haben, gewisse Kreise dazu zu zwingen, ihre für den Lebensunterhalt der Allgemeinheit notwendigen Lebensmittel zur Verfügung zu stellen? Hier kann es auch nur heißen: „Macht macht nicht wickig, so brauch ich Gewalt.“

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Oktober

lennzeichnet das „Reichsarbeitsblatt“ wie folgt: Seitdem die deutsche Industrie sich den durch den Krieg geschaffenen Defizitsbedingungen angepaßt hat, geht die wirtschaftliche Entwicklung in gleichmäßigen Bahnen weiter, so daß sich von Monat zu Monat nur wenig Veränderungen zeigen. Auch im Oktober war die Lage der deutschen Industrie nicht wesentlich anders als in den vorhergehenden Monaten. Abgesehen von der Textilindustrie und dem Baugewerbe war der Geschäftsgang in Anbetracht der durch den Krieg geschaffenen Schwierigkeiten im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden. Auch die Holzindustrie weist keine wesentlichen Veränderungen auf.

Am lebhaftesten beschäftigt ist nach wie vor der Bergbau, stark in Anspruch genommen sind ferner die meisten Zweige der Eisen- und Maschinenindustrie. In den übrigen Gewerben ist die Lage ungleichartig; überall finden sich Betriebe, die große Tätigkeit zu verzeichnen haben, neben solchen, die weniger gut beschäftigt sind. Auch in dem Leinwand- und Webstoffgewerbe sind außer den Zweigen, die einen Rückgang erfahren haben, einzelne zu nennen, in denen eine Besserung eingetreten ist, z. B. die Crefelder Samt- und Seidenindustrie.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. November 1915 eine Abnahme der männlichen Beschäftigten dem 1. Oktober gegenüber um 76 691 oder 1,69 v. H., gegen eine Abnahme von 1,76 v. H. im September, eine Zunahme um 1,80 v. H. im Oktober 1914 und eine Abnahme um 0,63 v. H. im Okt. 1913; bei den weiblichen Beschäftigten ist eine Zunahme um 66 948 oder 1,84 v. H. gegen eine Zunahme um 0,23 v. H. im Vormonat, eine Zunahme von 3,78 v. H. im Oktober 1914 und eine Zunahme um 2,11 v. H. im Oktober 1913 eingetreten. Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat um 9743 oder 0,12 v. H. gegen 188 v. H. im Vormonat abgenommen. Die in der Industrie beschäftigten Kriegsgefangenen sind in diesen Zahlen wie immer nicht enthalten. Das Bild, das diese Übersichten

Die Eisenbahntuppen im Kriege.

(Von M. Schumacher.)

Unter den vielen Waffengattungen unseres deutschen Heeres tragen die Pioniertruppen in Friedenszeiten bei weitem den Hintergrund. Viele Deutsche haben vor dem Kriege noch keine Angehörigen der Eisenbahntuppen gesehen; umso mehr tritt diese Spezialtruppe im Kriege hervor. Der Eingeweihte kann sich den Krieg ohne diese Truppen überhaupt nicht vorstellen.

Wie Deutsche waren gewöhnt, alles zu kritisieren und die Eisenbahnerverwaltung in allen ihren Abzweigungen und Vielgestaltigkeit ist von dieser Kritik nicht verschont geblieben. Das wird auch nach dem Kriege so sein, denn zu der großen Enttäuschung auf allen Gebieten in Deutschland hat die Kritik fernerhin geführt. Selbstredend wird diese Kritik von uns Nationalgelehrten, heiss, wie bisher, nur von dem Gesichtspunkt gefaßt werden, Besseres herbeizuführen.

Betrachtet man aber die Leistungen der deutschen Eisenbahnen und der Eisenbahngesellschaften bei der Mobilmachung und während des Krieges, so müssen wir trotz aller Kritik anerkennen, daß ein gut Teil der deutschen Erfolge auf das Konto der Eisenbahnen zu schreiben ist. Dieses gilt für den Betrieb im Inn- und Ausland, für letzteres, so weit es in deutschem Besitz ist. Mit der Besetzung der Grenze mußten die Eisenbahntuppen in Deutschland bleiben, und gleich hinter den vordringenden Truppen den Betrieb übernehmen. Die Kameraden anderer Waffengattungen, besonders die der Infanterie, wissen den Wert eines ergonomischen Bahnnetzes zu schätzen. Die im Anfang des Krieges notwendigen Gewalt- und Dauerarbeiten sind für die Beteiligten eine ungläubliche Strapazegewinn. Sie wiederholen sich bei jedem erheblichen Geländeübergang und bei der Verfolgung des Feindes. Es läßt sich dieses nicht vermeiden, wohl der Feind beim Rückzug fast alle Brücken zerstört und dadurch der Eisenbahnbetrieb lahmgelegt wird. Nicht nur die Felder, auch die Tunnel, Weichen und sonstige Bahnhofsanlagen wurden gesprengt, um die Beförderung un-

erer Truppen möglich zu machen. So war z. B. ein langer Tunnel bei Rekenraedt (die erste Station hinter Herbesthal) von den Belgieren dadurch gesprengt worden, indem sie von beiden Seiten eine Anzahl Lokomotiven mit Kohldampf hineinfahren ließen. Ähnlich war es auf anderen Strecken. Dadurch erwuchs den Eisenbahntuppen eine gewaltige Arbeit. Wurde der Nachschub der Truppe im Anfang auch verzögert, so wurden die Schäden doch in verhältnismäßig kurzer Zeit ausgebessert, bzw. behoben. Dort, wo die Wiederherstellung eines gesprengten, oder die Ausräumung eines gesprengten Tunnels zu viel Schwierigkeiten machte, wurden Umgebungsbahnen gebaut. Dieses ist z. B. der Fall bei Langunon und Montmedy in Frankreich. Die Jüge fuhren so lange auf der Umgebungsbahn, bis der Tunnel wieder hergestellt war.

Vor dem Kriege war man im allgemeinen der Ansicht, daß der Brückenbau eine Arbeit der Pioniere sei, d. h. derjenigen, die bei den Pionierbataillonen dienten. (Eisenbahner sind auch Pioniere). Der moderne Krieg zwingt zu einer Neuorientierung. Den Pionieren wurde durch den Handgranateneinsatz eine wichtige Rolle zugewiesen, die man in früheren Kriegen nicht in dem Maße kannte. Die Herstellung der Minen und Handgranaten in ihrer vielfachen Gestaltung blieb, soweit die Privatindustrie solche nicht herstellte, den Pionieren überlassen. Bei der Verwendung dieser Teufelswaffen spielen die Pioniere die Hauptrolle. So ist es verständlich, daß der Brückenbau, insbesondere dort, wo es sich um Eisenbahntunneln handelte, den Eisenbahntuppen überlassen blieb. Sie sind dieser Aufgabe gerecht geworden. Es ist erstaunlich, mit welchem verschiedenartigen Material zerstörte Brücken wieder hergestellt werden. An einer Stelle finden wir runde Baumstämme verwendet, an einer anderen Stelle sind Eisenbahnschwellen vom Boden aus übereinandergehichtet; bei einer anderen Straßenunterführung hat man sich dadurch geholfen, daß die Straße mit Erde vollgeschüttet, d. h. der Eisenbahndamm, unterkammert der Straße, vollkommen durchgeföhrt wurde. Bei größeren Flüssen macht die Wiederherstellung der Brücken naturgemäß mehr Schwierigkeiten und dauert entsprechend länger. Jedoch wird auch dort das menschenmöglichste geleistet, mit drei Schichten Tag und Nacht gearbeitet.

Wenn man die Strecke von Kalisch bis Warschau fährt, so kann man Betrachtungen anstellen über die Arbeit, welche die Eisenbahner dort geleistet haben. Keine Brücke, und mag sie noch so klein sein, ist der Zerstörung entgangen. Sämtliche Weichen, Signale, Bahnhofsanlagen aller Art sind der Zerstörungswut anheim gefallen. Unzählige Eisenbahnbaukompanien sind hier tätig gewesen und haben alles wieder hergestellt. Dazu kommt, daß die Gleise auf den russischen Bahnen alle enger genagelt werden mußten, da die russischen Bahnen eine andere Spurweite haben wie die deutschen. Ist das schon eine riesige Arbeit, so verursacht der Umbau der Gleise auf den Bahnhöfen noch mehr Aufsehtal. Überall müssen neue Weichen eingebaut werden, da selbst dort, wo sie nicht zerstört sind, dieselben nicht zu unserer Spurweite passen. Neue Bahnhofsgebäude sind entstanden oder, wo die Umfassungsmauern stehen geblieben sind, wieder wohnlich eingerichtet worden.

Die Wiederherstellung der zerstörten Bahnanlagen bedeutet nur einen Bruchteil der Aufgaben, die unsere Eisenbahner in Feindesland zu erfüllen haben. Mehr Arbeit erwächst ihnen durch den Neubau von Vollbahnen, in Ost und West unter den schwierigsten Geländebedingungen entstanden sind. Dazu kommt der Bau unzähliger Feldbahnen, die schnell hergestellt und angebaut werden können. Für Truppen- und Munitionstransporte sind die Eisenbahnen, besonders im wegelosen Rußland, unentbehrlich, abgesehen von der Erparnis an Pferden und sonstigem Material.

Der Neu- und Wiederaufbau von Vollbahnen, Verlegung der Feldbahnen, Unterhaltung der Bahnhöfe usw., ist Sache der Eisenbahnbaukompanien. Vielfach werden sie durch Armierungskompanien unterstützt. Der Betrieb wird durch die Betriebskompanien erledigt. Zu den Betriebskompanien sind außer den gedienten Eisenbahnern, auch eine große Anzahl Mannschaften anderer Truppenteile gekommen, die im Zivilleben Berufs-eisenbahner waren. Diese eignen sich infolge ihrer Vorbildung besonders für den Betrieb. Außer den Bau- und Betriebskompanien bestehen noch Stappenhilfskompanien, die auf den Bahnhöfen das Ein- und Ausladen besorgen.

(Schluß folgt.)

bietet, ist also etwas günstiger als im Vormonat. Es berichteten für den Oktober 1913 3455 Rassen mit 6 Mill. Mitgliedern, für den Oktober 1914 3944 Rassen mit 6,3 Millionen Mitgliedern, für den September 1915 6280 Rassen mit 8,8 Millionen Mitgliedern; für den Oktober 1915 5938 Rassen mit 8,2 Millionen Mitgliedern.

Von 901 272 Mitgliedern, über welche von 35 Fachverbänden Berichte vorlagen, waren 22 293 oder 2,5 v. H. arbeitslos gegen 2,6 im Vormonat, 10,9 im Oktober 1914 und 2,8 im Oktober 1913. Die Arbeitslosigkeit übersteigt also nach wie vor nicht das im Frieden gewöhnliche Maß. Im Oktober 1913 berichteten 47 Verbände über 1,9 Millionen Mitglieder, im Oktober 1914 39 Verbände über 1,3 Millionen Mitglieder, im September 1915 40 Verbände über annähernd 1 Million Mitglieder.

Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt für den Berichtsmonat gegenüber dem Vormonat unveränderte Lage bei den Männern, eine Zunahme des Andranges bei den Frauen. Es entfallen nämlich auf 100 offene Stellen bei den Männern im Oktober 1915 89 Arbeitsuchende, im Vormonat 89, im Okt. 1914 154, im Oktober 1913 178, bei den Frauen im Oktober 1915 182 Arbeitsuchende, im September 1915 170, im Oktober 1914 191, im Oktober 1913 122. Die Zahl der berichtenden Arbeitsnachweise betrug im Oktober 1915 900, im Sept. 1915 924, im Oktober 1914 776, im Oktober 1913 799.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände lassen erkennen, daß in Brandenburg der Andrang der weiblichen Arbeitskräfte zugenommen hat, in Pommern überstieg die Nachfrage nach Arbeitskräften fast überall das Angebot; nur bei den Frauen war ein befriedigender Ausgleich vorhanden. In Posen ist keine wesentliche Veränderung eingetreten; dasselbe gilt für Schlesien, Hannover mit den benachbarten Gebieten, Westfalen und Württemberg. In Sachsen und Anhalt hat sich, wie übrigens auch in den meisten anderen Gebieten, der Mangel an männlichen Arbeitskräften verschärft. In Schleswig-Holstein hat der Arbeitsmarkt der weiblichen Personen eine Besserung erfahren, dagegen zeigt sich in Hamburg bei den Frauen ein kleiner Rückgang an offenen Stellen. In Westfalen ist eine Besserung für die Frauen eingetreten. Im Rheinland hat sich die Lage für die Männer gebessert, für die Frauen verschlechtert. In Bayern lagen die Verhältnisse des Arbeitsmarktes für die Männer sehr gut, während bei den Frauen Ueberangebot bestand. In Baden ist eine Besserung für die Männer eingetreten, auch hier war bei den Frauen Ueberangebot zu verzeichnen. Geringe Nachfrage nach Hauspersonal wird aus Berlin und Brandenburg, Posen und Baden gemeldet. Günstige Nachrichten über die Unterbringung der Textilarbeiter liegen aus Hannover, Westfalen und Rheinland vor.

Die Wiederbeschäftigung kriegsbeschädigter Holzarbeiter.

Die Beschlüsse der Zentralvorstände vom 12. Oktober 1915 in Sachen der Fürsorge für die kriegsbeschädigten Gewerbeangehörigen und deren mögliche Unterbringung an geeigneten Arbeitsstellen, welche wir in Nr. 41/42 bereits zum Ausdruck brachten, sowie eine Reihe sonstiger wichtiger Fragen, deren praktische Behandlung und Durchführung nicht länger mehr hinausgeschoben werden kann, sind in einer erneuten Sitzung der Zentralvorstände eingehend erörtert worden; mit dem Ergebnis, die örtlichen Parteien als die berufenen Organe zur Ausführung dieser Maßnahmen aufzufordern:

An allen Orten unverzüglich gemeinsame Sitzungen der örtlichen Vorstände und Schlichtungskommissionen abzuhalten, welche nachstehende Fragen und Maßnahmen ihrer Bedeutung entsprechend erörtern und in geeigneter Weise zur Durchführung bringen sollen.

1. Die Vereinbarungen der Zentralvorstände vom 12. Oktober 1915 (welche in entsprechender Anzahl als Druckexemplare beiliegen) sollen den behördlichen Fürsorgekommissionen oder Stadtverwaltungen, Lazaretten, Heilanstalten, Versicherungsanstalten, Arbeitsnachweisen und überhaupt allen in Betracht kommenden Behörden, Vereinigungen und Personen mit einem von den Ortsparteien beizuführenden Anschriften zugestellt werden, dessen Inhalt nach Besprechung in den örtlichen Sitzungen die besonderen Wünsche oder Forderungen örtlicher Art enthalten muß.

2. In den Sitzungen sind die erforderlichen Einrichtungen für die beschlossene Arbeitsvermittlung der kriegsbeschädigten zu treffen. Die Personen, denen diese Aufgabe sowie die Berufsberatung der Verletzten obliegen soll, sind zu ernennen und in dem erwähnten Anschriften den Fürsorgekommissionen etc. bekannt zu geben. Ebenso sind den Zentralvorständen diese Personen oder Adressen zu dem Zweck mitzuteilen, sie den gleichen Organen der anderen Orte zu übermitteln, um auf diese Weise das Hand in Handarbeiten unserer Fürsorge- und Arbeitsvermittlungsstellen zu ermöglichen.

3. Sobald durch die entsprechenden Beschlüsse der Ortsparteien und deren Bekanntgabe an die Zentralvorstände für alle in Betracht kommenden Orte die Personen oder Organe für unsere Fürsorge ernannt sind, wird dieses Adressenverzeichnis in einer Merkblatt für kriegsbeschädigte Holzarbeiter oder in sonst geeigneter Form den Lazaretten und Heilanstalten mit der Bitte übermittelt werden, es allen in ihrer Behandlung befindlichen Holzarbeitern auszuhandigen, damit diese von unseren Bestrebungen Kenntnis erhalten und sich selber bei den für sie errichteten Berufsorganen melden können.

4. Bisherorts sind bereits Arbeits- oder Lehrwerkstätten für die in der Heilung begriffenen Holzarbeiter errichtet, wobei die verschiedensten Methoden und Beschwerden in die Erscheinung treten. In jedem Fall muß unsere Berufsfürsorge auf diese Einrichtungen einen Einfluß zu erlangen suchen. Das wird dort, wo dieselben aus öffentlichen Mitteln ganz oder größtenteils unterhalten werden, unbedingt verlangt werden müssen, aber auch in den in unmittelbarer Obhut der Lazarette oder sonstigen Institutionen stehenden Werkstätten darf nicht allein und nicht in erster Reihe der Einfluß des Arztes herrschen, es muß vielmehr die sachmännliche Leitung angestrebt oder doch deren Einfluß gestärkt werden.

5. Als ein Beispiel dafür, wie auf diesem Gebiet vorgegangen werden kann, darf hier erwähnt werden, daß in Berlin drei geeignete, mit Maschineneinrichtungen etc. versehene Werkstätten in der Nähe der großen Lazarette eingerichtet oder gemietet wurden, in welchen verletzte Holzarbeiter zunächst je 2 Stunden am Tage arbeiten sollen. Man wollte die Leitung dieser Werkstätten natürlich auch wieder Theoretikern oder Verzetzen übertragen, aber auf Einspruch aus unseren Reihen ist es durchgesetzt worden, daß für diese Leitung und Geschäfts-

führung eine Kommission gebildet wird, welcher neben dem Direktor der Tischlerfachschule angehören die Herren Rahardt als Arbeitgeber- und Naak als Arbeitervertreter. In diesen Werkstätten sollen Holzarbeiter aller Branchen in der praktischen Betätigung und Übung ihrer verletzten Glieder ausbezogen fortgebildet werden. Dem Gewerbe darf natürlich keine unliebsame Konkurrenz dadurch bereitet werden, es sollen daher hier in Berlin in der Hauptsache kieferne Kommoden etc. für Ostpreußen hergestellt werden.

6. Nach den vorliegenden Berichten besteht bei den Verletzten gegen solche Beschäftigung eine gewisse Scheu. Wenn aber erst die sachmännliche statt der ärztlichen Aufsicht (letztere ist bekanntlich mit militärischen Macht- und Strafbefugnissen ausgestattet) und Kontrolle der Arbeitsleistungen in den Werkstätten Platz greift und diese nicht mehr als Versuche der Rentenherabdrückung betrachtet werden, wird das bisherige Mißtrauen der Verletzten schwinden und manches Segensreiche für sie auf diese Weise erreicht werden können.

7. Aufgabe der örtlichen Beratungen muß es weiter sein, gemeinsamen Vortrügen für die Feststellung der Zahl der kriegsbeschädigten und die Art der Verletzungen für die aus ihrem Ortsbereich stammenden Kriegsteilnehmer zu treffen. Um den Gesamtumfang unserer Fürsorgetätigkeit — besonders in der Frage der Arbeitsvermittlung — überblicken zu können, ist es unbedingt erforderlich, daß die Parteien umgehend und fortlaufend das Ergebnis ihrer Feststellungen an die Zentralvorstände einsenden.

8. Es muß stets darnach gestrebt werden, den Verletzten möglichst wieder in seinem früheren Betrieb unterzubringen, da er sich dort am ehesten wohl fühlen und eine sachgemäße Beurteilung seiner persönlichen Fähigkeiten am besten gewährleisten wird.

9. Einen weiteren und durchaus wichtigen Punkt der gemeinsamen örtlichen Beratung soll die Feststellung aller Beschwerden bilden, die sowohl Arbeitgeber wie Arbeiter in der

Bekämpfung unlauterer Konkurrenz und Preisdrückerei gegenüber den eigenen Kollegen, wie auch bei den militärischen und sonstigen Behörden während der Kriegszeit erfahren haben. Welche Schädigungen des Gewerbes oder einzelner Gewerbeangehörigen sind festzustellen, und von wem gingen solche Schädigungen aus? Wie weit ist dagegen in den einzelnen Orten schriftlich oder persönlich angekämpft worden und von wem?

10. Alle wichtigeren Einzelfälle dieser Art bitten wir möglichst genau und unter Beifügung der Akten an die Zentralvorstände zu berichten, damit sie als Unterlagen für deren Eingreifen bei den Behörden und Parlamentsfraktionen etc. dienen können. Ebenso erscheint es uns geboten, daß sich die Ortsparteien in der Sitzung über alle von ihnen in dieser Richtung unternommenen Maßnahmen gegenseitig mündlich berichten und ihre dabei gemachten Erfahrungen miteinander austauschen, wie es sich überhaupt empfehlen wird, daß fortan mehr Gewicht auf die gemeinsame Bekämpfung der dem gesamten Gewerbe und seinen Angehörigen drohenden Schäden gelegt wird.

Eine Quelle unserer Kraft.

Nun erst recht Sozialpolitik!

Wenn unsere Kampfernergie in diesem ungeahnt langen und schweren Feldzuge noch so unerschütterlich wie am ersten Tage ist und niemals gebrochen werden kann, so ist das zu einem erheblichen Teil auch unserer Sozialversicherung zuzuschreiben. Ihr haben wir, wie sich jetzt ganz augenfällig herausstellt, eine Erleichterung unseres Volkes zu danken, die früher, obgleich man sie wohl zu würdigen wußte, doch weit unterschätzt wurde. Heute wissen wir, daß die öffentliche Arbeiterfürsorge eine der wichtigsten Quellen unserer Kraft ist. Diese Kraft durchdringt in ihren tausendfachen feinen Verzweigungen unseren gesamten Volkskörper. Man begreift das, wenn man einen Blick auf das zahlenmäßige Bild der deutschen Arbeiterversicherung wirft:

Nach einer übersichtlichen Zusammenstellung des Direktors im Reichsversicherungsamt, Witkowski, sind gegenwärtig etwa zwanzig Millionen in Deutschland gesetzlich gegen Krankheit versichert. Die großen Krankenkassen verfügen heute über hundert eigene nach den besten Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft ausgestattete Krankenheilanstalten, über Genesungsheime und Augenheilstätten. Bis zum Schluß des Jahres 1912 haben die öffentlichen Krankenkassen in Deutschland seit dem Bestehen der gesetzlichen Krankenerziehung 5500 Millionen Mark für Heilzwecke aufgewendet. Die Bedeutung dieser Versicherung liegt besonders auch darin, daß sie in sehr erheblichem Maße vorbeugend wirkt.

Sehr bedeutsam ist auch die vorbeugende Tätigkeit der Unfallversicherung. Nicht weniger als 25 Millionen deutscher Arbeiter werden in 800 000 Betrieben aller Art gegen die Gefahren ihres Erwerbs geschützt. Für Schutzvorrichtungen haben die der Unfallversicherung unterstehenden Betriebe bisher etwa 30 Millionen Mark aufgewendet. Für das Seilverfahren gaben die Berufsgenossenschaften, deren Aufgabe die Unfallversicherung ist, 170 Millionen Mark aus und ihre Gesamtleistungen betragen etwa 2500 Millionen Mark. Am gewaltigsten sind die Leistungen der deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Die Landesversicherungsanstalten besitzen gegenwärtig 80 Heilstätten mit 10 000 Betten für Tuberkulosekranke. In jedem Jahr werden in diesen Heilstätten etwa 50 000 Lungenkranke behandelt und mehr als 90 Millionen Mark sind bereits für solchen Zweck aufgewendet. In 92 vom Hundert aller Fälle tritt eine Besserung der Krankheit ein, während jene vor etwa 20 Jahren nur bei 68 vom Hundert erreicht wurde. Auch durch die Sterblichkeitsziffer kommt dieser Erfolg zum Ausdruck. Im Jahre 1890 starben in Preußen 84 086 Personen an Tuberkulose, 1913 nur noch 56583 trotz der gesteigerten Bevölkerungszahl. In der klaren Erkenntnis, daß eine gesunde Wohnung eine der wichtigsten Vorbedingungen für Volksgesundheit ist, haben die Versicherungsanstalten bis zum Ende des Jahres 1913 für Wohnungsfürsorge nicht weniger als 480 Millionen Mark aufgewendet. Die Gelder wurden zu niedrigem Zins besonders an gemeinnützige Baugesellschaften für Schaffung von Kleinwohnungen ausgeteilt. Für andere Zweige der Volkswohlfahrt, die in das Gebiet der Berufsgenossenschaften fallen, haben diese bis zu dem genannten Jahre mehr als 2000 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Rechnet man die Gesamtleistungen der In-

validen- und Hinterbliebenenversicherung bis zum Jahre 1913 zusammen, so ergibt sich für sie, einschließlich der Rentenzahlungen, die gewaltige Summe von 11 000 Millionen Mark. Ein ununterbrochener Strom sachgemäher Fürsorge durchdringt aus dieser staatlichen Versicherung ununterbrochen unseren Volkskörper. Gegenwärtig werden an etwa 1 300 000 Personen im Jahre 225 Millionen Mark Invalidenrente und an 1 200 000 von einem Unfall Betroffene 180 Millionen Mark Entschädigungen gezahlt. Trotz solcher Leistungen betrug das Vermögen der Versicherungsanstalten Ende 1912 3000 Millionen Mark. Auch für Kriegshilfe leisten sie gegenwärtig Bedeutendes. Sie haben aus ihrem Vermögen in Anleihen des Reiches und der Einzelstaaten jetzt 558 Millionen Mark angelegt; sie gaben an Zuschüssen dem Roten Kreuz, für Wollschafen, Beihilfen für Ostpreußen und Elsaß-Lothringen, für Lazarettzüge usw. 7 Millionen Mark, als Darlehen für die Linderung der Kriegsnöte 40 Millionen Mark und dem Roten Kreuz stellten sie 6500 Betten in ihren verschiedenen Heilanstalten und Genesungsheimen zur Verfügung.

Diese Zahlen sind auch ein Gradmesser für unsere Kultur, und in ihnen liegt nicht nur zu einem guten Teile das Geheimnis unserer militärischen Erfolge, sondern auch unsere Fortschritte in Technik und Wissenschaft waren nur möglich bei einem ständigen Ausbau unserer Arbeiterschutzgesetzgebung. Darum liegt die Lösung nach dem Kriege „Nun erst recht Sozialpolitik“ im wohlverstandenen Interesse unseres nationalpolitischen und kulturellen Fortschrittes.

„Mehr Dampf dahinter!“

Eine erfrischende Aufmunterung, in sozialpolitischen Dingen nicht lau zu werden, richtet die von den Professoren E. Franke u. W. Zimmermann herausgegebene „Soziale Praxis“ an den Reichstag aus Anlaß seiner sechsten Kriegstagung. Es heißt darin unter anderem:

„Die Herabsetzung der Jahressgrenze für die Altersrente von 70 auf 65 Jahre ist, trotz aller schwarzzeigerischen Rechenkünste der amtlichen Versicherungstechniker, die bisher von der Wirklichkeit meist überlegt worden sind, doch wohl ohne allzu erhebliche Geldopfer durchzuführen. In diesem Punkte wie auf anderen Gebieten der Sozialpolitik hat ja der Krieg, sonst der große Erwecker des Muts, leider nicht die Entschlossenheit der Regierungen gestärkt, und es ist dringend zu wünschen, daß der Reichstag hier mal kräftig „mehr Dampf dahinter“ mache. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, alle an sich notwendigen sozialpolitischen Forderungen bis nach dem Friedensschluß zu verschieben und zu verträsten. Nach dem Kriege werden so gewaltige Aufgaben von höchster Wichtigkeit an uns herangetragen, daß Zeit und Kraft der Gesetzgebung und Verwaltung von ihnen völlig beschlagnahmt sind. Nein, gerade jetzt ist Zeit und Anlaß, solche Reformen einzuleiten, um Mißständen vorzubeugen, die sich jetzt schon ankündigen und später bedrohlich auszuwirken können. Das trifft vor allem für die Kleinwohnungsnot zu. In vielen Großstädten und manchen Industriezentren besteht ein Mangel an guten und billigen Behausungen für die Minderbemittelten schon seit längerer Zeit. Das Darniederliegen des Baumarktes hat diesen Mißstand verschärft, die Kriegsnöte erweitern ihn. Schon heute ist eine Abwanderung aus größeren in kleinere Wohnungen häufig. Nach dem Friedensschluß werden wir in eine wahre Katastrophe hineingeraten, wenn man die Dinge so wie jetzt weiter laufen läßt. Boraussichtlich wird ein starker Zubrang in die Städte eintreten, schon jetzt sind Spuren davon zu merken. Dann fehlt es an kleinen Wohnungen und die vorhandenen steigen im Preise. Es ist wahrlich höchste Zeit, daß solchen Kriegsnöten vorgebeugt wird. Wobei wir betonen möchten, daß wir Beratungen wie die neulichen des Immobilienkredit-Ausschusses keineswegs für taugliche Mittel halten. Der Reichstag wird, auch wenn Landtage und Städte hier das entscheidende Wort zu sprechen haben, hoffentlich seine Stimme recht laut und sehr eindringlich erheben. Er kann auf seine früheren Forderungen verweisen, an die schlimmsten Vorgänge nach dem 1870/71er Kriege erinnern, wo Berlin ernstliche Straßen- und Barrikadenkämpfe wegen der Wohnungsnot erlebte, und sehr nachdrücklich fragen, wie man denn eine gesunde Politik der Erhaltung und Mehrung der Volkskraft treiben wolle, wenn man vor dem sozialen Grundübel des Wohnungselendes kapituliert?“

Als größte Lehre dieses Krieges für unser ganzes inneres Leben betrachtet die Zeitschrift, daß gleichen Pflichten, die entschlossenen und tapfer getragen werden, auch gleiche Rechte der Mitarbeit im Staate und im Volksleben zur Seite stehen müssen. „Die Massen, die dem Sturm der Feldschlacht und dem Los des Schützengrabens getroffen haben, können im neuen Deutschland, das in Einigkeit und Freiheit leben will, nicht mehr minderen Rechtes, nicht mehr Bürger zweiter Klasse sein. Das trifft für ihre politischen Rechte ebenso zu wie für ihre berufsvereintlichen Organisationen.“

Schonung der Arbeitskraft.

Der Deutsche Bankbeamtenverein schreibt: An die Dabeimgebliebenen werden in mit der Dauer des Krieges steigendem Maße ungeheure Anforderungen an Arbeitskraft und Nervenanspannung gestellt. Sie alle tun, gleich unseren tapferen Soldaten, ihre Pflicht, denn ohne die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens wäre die Weiterführung des Krieges eine Unmöglichkeit. Gewiß muß anerkannt werden, daß die Kämpfer in der Front Gefahren, Strapazen und Entbehrungen auf sich nehmen müssen, die denen im Lande erspart bleiben. In reichiger Erkenntnis aber, daß nur ein ausgereiteter Körper leistungsfähig ist, kommen die Soldaten abwechselnd in Reservestellung und werden auch auf kurze Zeit in die Heimat verurlaubt. Die Dabeimgebliebenen dagegen, teils alt, teils kräftig, haben zum weitaus größten Teil nun schon im zweiten Jahre auf ihren gewohnten Erholungsurlaub verzichten müssen. Aber auch für die besteht die heilige Pflicht, daß ihre Kräfte selbst bei längster Kriegsdauer dem Wirtschaftsleben erhalten bleiben. Wie nun die Verhältnisse heute liegen, ist es, selbst beim besten Willen in den allermeisten Fällen nicht möglich, längeren Urlaub zu gewähren. Dies trifft insbesondere auch für das Bankgewerbe zu, und der deutsche Bankbeamtenverein stellt daher die Forderung, daß durch völlige Freigabe des Sonnabendnachmittags mit Raufschluß um 12 Uhr

oder abwechselnde Verleibung an den übrigen Werktagen mitliegen ein Ausgleich geschaffen werde. Der Deutsche Bankbeamtenverein hat auch an den Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, an die Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers, an den Verein für die Interessen der Fondsbörse, an die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin sowie an sämtliche Handelskammern und an die örtlichen Bankvereinigungen im Reich Eingaben gerichtet, in denen die Bitte ausgesprochen wird, die Bankbeamten am Tage vor Weihnachten zu schließen, weil dadurch, daß der zweite Weihnachtstag auf einen Sonntag fällt, ein in Anbetracht der bevorstehenden Abschlußarbeiten, die an die Arbeitskraft gerade der Beamten im Bankgewerbe, selbst für gegenwärtige Verhältnisse, außergewöhnliche Anforderungen stellen, mehr denn die notwendiger Rubelzug verloren geht. In derselben Eingabe weist der Deutsche Bankbeamtenverein die Arbeiterschaft darauf hin, daß sich wie sich aus vielen Zuschriften ergeben hat, in den Lagereisen eine ganze Zahl verwundeter Bankbeamter befindet, die, obwohl sie noch nicht entlassen werden können, doch in ihrem Beruf verwendungsfähig sind und gern die ihnen zuführende Untätigkeit aufgeben würden, wenn ihnen die Möglichkeit zu arbeiten geboten würde. Er bittet die Bankleitungen und Firmeninhaber, ihn in seinen Bestrebungen zu unterstützen, daß die Militärbehörden diesen Bankangestellten, soweit ärztlicherseits keine Bedenken bestehen, die Erlaubnis zur vorübergehenden beruflichen Betätigung an ihrem Aufenthaltsort erteilen, da befürchtet werden muß, daß selbst bei Höchstleistungen der Bankbeamten die Abschlußarbeiten ohne Schwierigkeiten dieses Mal nicht zu bewältigen sind. Der Deutsche Bankbeamtenverein fordert die in Frage kommenden Bankstellen auf, sich bei den Vorständen seiner in allen Bankplätzen des Reiches vertretenen Zweigorganisationen oder direkt bei der Hauptgeschäftsstelle, Berlin N.W. 7, Mittelstraße 39, zu melden, die alsdann die Vermittlung geeigneter Stellen übernehmen werden.

Preisausstellungen für einen Armerjah.

Der Krieg hat leider zu einem Massenbedarf an künstlichen Gliedmaßen geführt. Manches Gute ist von den auf diesem Gebiete arbeitenden Fachmännern geleistet worden, manches Brauchbare ist auch von verschiedenster Seite aus während des Krieges entstanden, aber auch hier ist die Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen. Die Hoffnung ist durchaus berechtigt, daß, wenn es gelingt, weiteste Kreise, besonders auch die Ingenieurwelt, zur Mitarbeit heranzuziehen, neue Verbesserungen sich ergeben werden. Für unsere Soldaten, die in den furchtbaren Kämpfen ihre gesunden Glieder für das Vaterland geopfert haben, ist aber das Beste nur gerade gut genug. Von diesen Überlegungen ausgehend, hat der Verein deutscher Ingenieure 15 000 Mark an Preisen (erster Preis 10 000 Mk.) für einen Armerjah ausgeschrieben, der es ermöglicht, viele Tätigkeiten innerhalb der mechanischen Industrie auszuüben.

Diese bewußte Einschränkung der Aufgabe, die in dem Ausschreiben noch näher bestimmt ist, wird die Lösung günstig beeinflussen. Es kann dabei überlegt werden, ob man nicht auch für andere Berufe, z. B. für landwirtschaftliche Arbeiten, in ähnlicher Weise vorgehen sollte. Zur Beteiligung an dem Ausschreiben sind alle Kreise eingeladen. Auch schon vorhandenen Konstruktionen sind vom Wettbewerb nicht ausgeschlossen. Die gebrauchsfähige Konstruktion — Modell oder Zeichnung genügt nicht — ist bis zum 1. Februar 1916 an den Verein deutscher Ingenieure, Berlin N.W. 7, Sommerstraße 4a, zu senden. Von dieser Stelle können auch die näheren Bedingungen kostenlos eingefordert werden.

Das Preisgericht setzt sich aus hervorragenden Vertretern der Technik und Industrie, der Medizin, der Orthopädie, der Chirurgie-Mechanik zusammen.

Die Ausstellung und Vorführung von künstlichen Gliedmaßen, mit deren Veranstaltung das Reichsamt des Innern die

Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt beauftragt hat, wird Mitte November in Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11, in Betrieb kommen und dann gewiß vielen Erfindern mancherlei Anregung bringen. Sie wird auch eine wünschenswerte Möglichkeit geben, die durch das Preisauschreiben hervorgebrachten neuen Konstruktionen zu erproben. So ist zu hoffen, daß dieses Preisauschreiben der deutschen Ingenieure dazu beitragen wird, mit Hilfe der Technik einige von den Wunden zu heilen, die von den gewaltigen Zerstörungsmitteln der Technik geschlagen wurden.

Was bedeuten die Zeichen auf den Musterungsscheinen?

Eine begriffliche Missbegierde erfaßt die zur Musterung Gewesenen danach, was die Buchstaben und Zahlen bedeuten, die nach der Musterung in den Musterungsscheinen eingezeichnet werden. Unzählige Anfragen werden an uns darüber gerichtet. Vielleicht genügen die nachfolgenden Darlegungen zur Selbstbeantwortung der Fragen.

Die in den Musterungsausweisen eingetragenen Buchstaben und Zahlen sind Abkürzungen für die Fragen, ob und in welcher Weise der Untersuchte dienstfähig ist. A. heißt kriegsverwendungsfähig, G.: garnisondienstfähig, U.: als Arbeiter (Armerjahsoldat, Handwerker oder dgl.) verwendungsfähig. Zum Beispiel: U. o. W. A.: als Landsturm ohne Waffen arbeitsverwendungsfähig, L. m. W. G.: Landsturm mit Waffen garnisondienstfähig. In den Zeichen über das Ergebnis der ärztlichen Untersuchung geben die Buchstaben A, B, C, D, E, U, A, 3 an, inwieweit die körperlichen Fehler die Dienstfähigkeit beeinträchtigen, die Ziffern, welche Körperteile an Fehlern oder Gebrechen leiden.

Die Buchstaben vor den Ziffern bedeuten:

Ehrentafel

für die im Kriege gefallenen oder an ihren Verwundungen erlegenen Vorgesetzten des Gewerbetreibenden der Holzarbeiter Deutschlands.

Gottlieb Gerster, Mitglied des Ortsvereins Biberach, 27 Jahre alt, im Westen gefallen.

Heinrich Schramm, Mitglied des Ortsvereins Saarbrücken, 34 Jahre alt, am 4. September 1915 in Rußland gefallen.

Richard Stelzer, Mitglied des Ortsvereins Langenöls, 29 Jahre alt.

Einen schweren Verlust hat unser langjähriger Hauptvorstand, Kollege Albert Günther erlitten. Sein Sohn, der lange Zeit als Armerjahsoldat dem Vaterland seine Kraft zur Verfügung gestellt hat, ist jetzt einer schweren Lungenerkrankung, die er sich bei den schweren aufreibenden Arbeiten zugezogen hat, im Alter von 30 Jahren erlegen. So teilt unser Kollege Günther das traurige Los seiner Kollegen, der beiden anderen Hauptvorständen, die, wie gemeldet, auch bereits je einen Sohn verloren haben.

Ehre ihrem Andenken.

Ritter des Eisernen Kreuzes.

Hugust Rupprecht, Vorl. des Ortsvereins Langenöls.

Anzeigen.

Das Arbeitersekretariat des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine in Hamburg

befindet sich Marktstr. Nr. 18. Telefon: Gruppe VI. Nr. 9715. Arbeitersekretär Gerhard Meuthen

Ergebnis (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer Paul Wuttke, Georgenstr. 3, Verkehrskal für „Prinz von Preußen“, Glogauerstraße.

Polen (Ortsverband) gewährt durchreisenden arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstufung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei H. Niemeyer, Kaiserfriedrichstr. 13.

Ulm a. D. Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mk. Unterstufung als Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer Breiner, Pönnigstr. 17.

Wien (Ortsverband) Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Wien (Ortsverband) Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Wien (Ortsverband) Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Wien (Ortsverband) Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Wien (Ortsverband) Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Wien (Ortsverband) Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Wien (Ortsverband) Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Tüchtiger Modellschreiber event. Kriegsinvalide

für Gußmodelle, der auch auf Holzdrehbank arbeitet, für dauernde Stellung gesucht. Bewerbungen an

W. Ruppmann, Industrieofenbau, Stuttgart.

Die Jungen können und die Alten müssen sterben!

Deshalb versichere jeder Kollege sich und seine Frau und Familienangehörigen auch für den Sterbefall.

Die besten Bedingungen bietet hierzu unsere

Sterbefasse.

Sterbegeld wird nach folgender Stufenleiter gegen Leistung bestehender Beiträge gezahlt:

Stufe I	90 Mk.	bei einem Wochenbeitrag von	5 Pfg.
II	144	"	8
III	189	"	10
IV	270	"	15
V	360	"	20
VI	450	"	25

Anmeldungen zur Aufnahme nimmt der Kassierer des Ortsvereins entgegen. — Auskunft erteilt auch das Büro Berlin NO 55, Greifswalderstr. 221/23.

Kollegen, schützt Frau und Kinder

für den Fall Eures frühzeitigen Todes,

forgt

für Euer Alter sowie für die Ausbildung und Aussteuer oder den Sterbefall Eurer Kinder bei unserer gemeinsamen Volksversicherung. — Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.

Volksversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine S. D.

Berlangt kostenlose Auskunft bei unseren örtlichen Verwaltungsstellen oder im Verbandsbüro Berlin NO 55, Greifswalder-Str. 221/23.

Für jeden strebsamen Gewerksvereiner

sind folgende Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandstage gehaltenen Vorträge, für die Werbearbeit unentgeltlich:

- Tätigkeitsbericht für die Jahre 1910 bis 1912, erstattet vom Verbandsvorsitzenden K. Goldschmidt;
- Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Grossindustrie, von W. Gleichant;
- Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis, von M. Schumacher.

Das Stück kostet 10 Pf., 10 Stück 80 Pf., 20 Stück 1,50 M. und 50 Stück 3,75 M. bei portofreier Zusendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO 55, Greifswalder Strasse 221/23, zu richten.

Glogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer Unglaube, Preußische Straße 39.

Potsdam (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer Aug. Schuhr, Semmlerstraße 28.

Rathenow (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer Aug. Schuhr, Semmlerstraße 28.

Siegen. Durchreisende erhalten im Winterhalbjahr 1 Mk. und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei E. Serbe, Wend. Graben 30.

Wagen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mk. — Reiseunterstützung auf dem Arbeitersekretariat Wagen, Jülicher Str. 77.

Wiesbaden (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausbezahlt beim Ortsverbandskassierer Hermann Gansel, Neumarkt 28.

Bremen. Die Auszahlung der Reisekosten erfolgt nun auf dem Arbeitersekretariat der Gewerksvereine Bremen, Lindenstr. 2.

Wiesbaden. Durchreisende Kollegen erhalten beim hiesigen Verbandskassierer M. Feinrichs, Breitenstraße 18, Unterstützung.

Sprottau-Glogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereiner erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer P. Schiener in Sprottau, Glogauerstraße 10. Arbeitsnachweis endgültig.

Thorn. Durchreisende Kollegen erhalten beim hiesigen Verbandskassierer M. Feinrichs, Breitenstraße 18, Unterstützung.